

Illegaler Besatzungsstatus!?



Die ganze Welt ist betriebswirtschaftlich organisiert, auf Umsatz und Gewinn ausgelegt. Es ist eine Firma. Sie sind auch keine Firma, weil sie eine Steuernummer haben oder eine Umsatzsteuer-ID-Nummer.

Sie haben sie, weil sie eine Firma sind

Seite 10

Königlich Sächsischer Gemeindeverband



Der sächsische Wille ist ungebrochen und hat sich in konsequenter Umsetzung durchgesetzt. Die Gemeinden Sachsens wurden mit dem KSGV durch Wahlen und Referenda wieder im staatlichen deutschen Recht handlungsfähig gemacht.

Netanjahus Völkermord "Die Hungerspiele von Gaza"



„Israel hat die zivile und humanitäre Infrastruktur Gazas ausgeradiert. Es hat die Palästinenser – eine halbe Million von ihnen sind vom Hungertod bedroht – in verzweifelte Herden verwandelt. Das Ziel ist es, sie zu brechen, gefügig zu machen und aus Gaza zu vertreiben – für immer“

Seite 2

Königlich Sächsischer Gemeindeverband

Rechtsmaxime:

Demjenigen, dem der Boden gehört, gehört alles bis zum Himmel.

Machen ist wie Wollen, nur krasser!

Nach intensiven Recherchen habe ich am 28. Mai 2025 meinen Antrag auf Feststellung der Staatsangehörigkeit im Bundesstaat bei der staatlichen Kommission für die Königlich Sächsischen Kreishauptmannschaften abgegeben und erhielt am 23. Juli 2025 meinen Staatsangehörigkeitsausweis im Bundesstaat Freie Hansestadt Hamburg, gemäß RuStAG 1913, ausgestellt in Amtshilfe durch den Königlich Sächsischen Gemeindeverband.

Diesen Weg ging ich, aus Mangel an Möglichkeiten auf dem Boden des Bundesstaates Freie Hansestadt Hamburg, des Königreich Preußen oder des Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin.

Die Notwendigkeit, den Weg der Aktivierung der Gemeinden auch auf den übrigen Gebieten der deutschen Bundesstaaten zu gehen, zeigte auch für mich zukünftige Aufgaben. Aus meiner bisherigen Arbeit

als Journalist, der Zeitung „Volldraht“, der Internetseite www.volldraht.de und des Telegramkanals „Volldraht das Online-Magazin“ ergaben sich bei meinen Lesern bereits verschiedene Fragen an den Königlich Sächsischen Gemeindeverband.

Inzwischen hatte ich Kontakt mit Menschen, die ihren Wohnsitz in einer Gemeinde des Königlich Sächsischen Gemeindeverbandes genommen haben. Darunter auch einige, die bereits bei der Gründung dieses Gemeindeverbandes im Jahr 2017 aktiv waren und bis zum heutigen Tag diesem Gemeindeverband treu geblieben sind. Diese Möglichkeit möchte ich nutzen, um Fragen die von Lesern gekommen sind und auch Fragen, die noch kommen könnten, an diese Menschen weiterzugeben.

Warum der folgende Text dieses Artikels in der Schriftart Frakturschrift abgedruckt ist, wird in diesem Artikel ge-

klärt werden.

(Die erste Frage richtet sich an vier Gemeindemitglieder, die schon 2017 aktiv waren. Alle anderen Fragen werden auch von weiteren Gemeindemitgliedern beantwortet.)

- Wie seid ihr auf den Weg zur Entstehung des Königlich Sächsischen Gemeindeverbandes gekommen, bzw. wie kamt ihr bereits 2017 auf die Idee der Notwendigkeit, die Gemeinden wieder handlungsfähig zu machen?

Antwort 1: Nachdem 2015 in diesem Land das offen erkennbare Ignorieren von gegebenen Gesetzen toleriert wurde und Demonstrationen gegen diesen Rechtsstillstand organisiert wurden, kam für mich sehr schnell das Gefühl auf, daß wir bei diesen Demonstrationen im Kreis laufen und sozusagen in einem, an der Leine geführten, Protest teilnehmen. Im Jahr 2016 wurde ich dann auf den Videokanal „Sonacast“ aufmerksam, über den die Möglichkeit, die Gemeinden, mit ihren eigenen Hoheitsgebieten, wieder handlungsfähig zu machen, beschrieben wurde. Mir gefiel es besser, meine Energie für etwas

einzusetzen, als gegen etwas anzugehen. Deshalb habe ich mich, dank der Erklärungen in den oben benannten Videos, gedanklich und auch praktisch intensiver mit dem Thema Handlungsfähigmachung der Gemeinden befaßt und konnte 2016 viele gültige Gemeindefiegel aus dem Sächsischen Staatsarchiv und dem lokalen Kreisarchiv recherchieren, was schon einmal einen Anfang und etwas Greifbares darstellte.

Antwort 2: Im Herbst 2015 habe auch ich diverse Youtube-Videos geschaut und stieß auf den Begriff „Putinisten“. Durch die Aufforderung in einem Video, kritisch zu hinterfragen, begann ich mit Eigenrecherche (z.B. zu Firmenkonstrukten d&h, Deagel-Liste) und stieß ebenfalls auf den Videokanal „Sonacast“. Zu Fragen, die in mir aufkamen, gab es auf diesem Kanal Lösungen u.Ä. zum Rechtsstand, zu Gemeindevahlen und zu Siegeln. In Live-Sendungen war es möglich, Fragen zu stellen. Das nahm ich in Anspruch, obwohl es nicht leicht war, als Fragesteller dran zu kommen. Wenig später nahm ich dann am ersten Treffen mit weiteren Zuschauern meines Kanals teil.

Antwort 3: Mir ging es ähnlich, habe anfänglich diverse „LEGIDA“-De-

Geschäftsmodell „Flüchtlingsheim“



Kevin alleene daheeme, die Stadträte stehen hinten an der Wand

04.09.2025 Hartha (Mittelsachsen) Bürgerversammlung wegen einer neuen Flüchtlingsunterkunft!

Es soll ein weiteres Flüchtlingsheim zur Verfügung gestellt werden. Hierfür wurde, obwohl nirgends Geld da ist, ein ehemaliges Fabrikgebäude erworben, was nun saniert und umgebaut werden soll. Das ausgerechnet in der Nähe des Kindergartens. Der Ort hat ca. 1700 Einwohner und es sollen erst mal 60 Migranten kommen. Das entspricht ca. 3,5% der Einwohner. Die Menschen sind aufgebracht und haben die Schnauze voll.

Die Halle der Bürgerversammlung wurde extra geteilt, um die Zahl der Teilnehmer zu begrenzen und jeder musste sich ausweisen und beweisen, dass er dort wohnt. In dem Ort gibt es nichts, womit man Migranten beschäftigen kann, kein Kino, kein Schwimmbad, kein gar nichts.

Wie sich herausstellt, hat der Bürgermeister alle und sogar den Stadtrat belogen und hintergangen und wusste lange Bescheid, hat es aber verschweigen und auch sonst alle hintergangen. Der Stadtrat verlässt während der Versammlung die Bühne und stellt sich zu den Bürgern, weil er die Schnauze voll hat. Der Bürgermeister wird bzw. hat die ersten Strafanzeigen wegen Gesetzesverstößen erhalten.

Die Bürger fragen auch warum für sie und alles kein Geld da ist, aber für die Migranten und sie haben Angst und lehnen die Unterkunft kategorisch ab. Der Bürgermeister spricht dauernd davon, dass eine Lösung gefunden werden muss und klingt wie Merkel und es soll sozusagen alternativlos sein, ob die Einwohner nun wollen oder nicht. Die Bürger sind nicht bereit, kampfflos ihren Lebensraum abzutreten. So sieht gelebte Subsidiarität aus. Es ist davon auszugehen, dass umfangreiche personelle Umstrukturierungen anstehen. Sachsen Power vom Feinsten.

Impressum

VOLLDRAHT®

ist eine Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. VOLLDRAHT® funktioniert als Netzwerkprojekt. Wir beziehen Beiträge von Fachleuten aus den verschiedensten Fachgebieten und Arbeitsgruppen mit ein. Zusammen arbeiten wir daran, in einem Zeitalter der Täuschung, die Wahrheit herauszufinden und über sie zu berichten. Gleichzeitig werden auszugsweise Beiträge von systemkritischen Medien und die Links dazu veröffentlicht, die von den Systemmedien boykottiert werden. Meinungsfreiheit ist in diesen Zeiten ein täglicher Kampf gegen die Propaganda der BRD-Junta.

VOLLDRAHT® ist ein konzernunabhängiges Medium, das souverän die rechtlichen Grundlagen und eine tragfähige Zukunftsperspektive veröffentlicht. Redaktion:

Baumann, Jörn -Friedensaktivist mit praktischer Erfahrung, mit Hamburger Staatsangehörigkeit gemäß RuStAG 1913> Revision BuStAG 1.1.1900 und unter Zwang, die NS-Staatsangehörigkeit „DEUTSCH“.

Postalische Adresse, c/o Parkstrasse 11, [17194] Klocksin, Kontakt über info@volldraht.de

Mail: info@volldraht.de

Web: volldraht.de

Telegram: <https://t.me/Volldraht>

Alle Artikel auf VOLLDRAHT® können (so fern nicht anders angegeben) für private, nichtkommerzielle Zwecke unverändert frei genutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format. VOLLDRAHT® liefert keine Rechtsberatung. Alle Empfehlungen, Lösungsansätze und Vorlagen können eigenverantwortlich genutzt werden. VOLLDRAHT® übernimmt keine Haftung aus der Nutzung.

VOLLDRAHT® ist ein Instrument, ein Weckruf, eine Anlage gegen Willkür, Faschismus, Finanzterror und Vollverblödung. Diskutieren Sie nicht mit Idioten, Zeitung in die Hand drücken und Abstand halten.

Wir sind nicht perfekt, aber wir sind zu alt, um auf Knien zu rutschen und zu stolz, pervertierten Kreaturen Platz zu machen, also kämpfen wir.



Wer nicht handelt, wird verhandelt.

Juristische Auslöschung ohne Urteil

Zwischen Wahrheit und Willkür – über Alina Lipp, ihre Berichterstattung und die europäische Realität

Ein Standpunkt von Sabiene Jahn / apolut

Am 20. Mai 2025 will die Europäische Union das 17. Sanktionspaket verabschieden. Es ist ein Vorgang von historischer Tragweite – nicht wegen seiner Größe, sondern wegen seines Charakters. Denn diesmal betrifft es keine Staaten, keine Konzerne, keine Waffenlieferanten. Es betrifft eigene Bürger, Journalisten und Blogger. Menschen, die schreiben, was nicht gesagt werden soll – oder nicht mehr gesagt werden darf. Die Namen, die in einem geleakten Entwurf von Korrektiv genannt wurden, lauten Thomas Röper und Alina Lipp. Beide berichten aus Russland. Beide haben sich Reichweiten erarbeitet, die aus dem Stand - außerhalb der Systempresse - kaum jemand zu erreichen vermag: Alinas Kanal „Neues aus Russland“ zählt rund 200.000 Abonnenten Thomas Röpers Plattform Anti-Spiegel wird täglich tausendfach aufgerufen, weil sie das tut, was deutsche Medien nicht mehr leisten: Originalquellen lesen, übersetzen, kontextualisieren. Und genau das scheint das Problem zu sein. Denn wer heute eine starke

Stimme hat – auf Telegram, YouTube, Webseiten – und das sagt, was im offiziellen Diskurs nicht vorgesehen ist, der wird nicht mehr widerlegt. Er wird aussortiert. Isoliert. Sanktioniert. Es geht nicht um Inhalte. Es geht um Kontrolle. Was diese Journalisten tun, ist unbequem – aber legitim. Sie publizieren Reden der russischen Führung, Kommentare russischer Wirtschaftsexperten, Philosophien, Feldberichte. Nicht, um zu gefallen, sondern um zu ergänzen. Um ein Bild zu zeigen, das mehr ist als ein westlicher Ausschnitt. Doch in einer EU, die längst den Operationsplan Deutschland entworfen hat – zur zivil-militärischen Vorbereitung eines möglichen Krieges gegen Russland –, passt diese Vielstimmigkeit nicht mehr ins Konzept. Man will niemanden mehr, der Frieden denkt. [...] – und nun auch Journalisten ins Visier geraten, die der Zensur nicht durch Selbstzensur zuvorkommen. Wenn diese Logik durchgeht, ist nicht nur das Sanktionsrecht entgleist [...]

Link: <https://apolut.net/juristische-ausloschung-ohne-urteil-von-sabiene-jahn/>

Netanjahus Völkermord

„Die Hungerspiele von Gaza“

Die israelische Armee führt in Gaza einen planmäßigen Völkermord an den Palästinensern durch, wobei sie Hunger als Waffe einsetzt und auf Menschen schießt, die zu den wenigen, von Israel betriebenen Ausgabestellen für Lebensmitteln kommen. Dass der israelische Ministerpräsident Netanjahu in Gaza vor den Augen der Welt offen einen Völkermord durchführt, ist inzwischen nicht mehr zu bestreiten. Dazu hat Chris Hedges, ein mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnete Autor und Journalist, der 15 Jahre lang als Auslandskorrespondent für die New York Times tätig war, auf seinem Blog einen schockierenden und sehr ausführlich mit Quellen ausgestatteten Artikel veröffentlicht, den ich übersetzt habe. Die Links habe ich aus dem Original übernommen.

Beginn der Übersetzung:

Die Hungerspiele von Gaza

Israel setzt Hunger als Waffe ein. Das Ziel ist es, alle Überreste einer Zivilgesellschaft zu zerschlagen und die Palästinenser auf Herden verzweifelter Zombies zu reduzieren, die man letztlich aus dem historischen Palästina vertreiben will.

Die Instrumentalisierung des Hungers durch Israel ist der typische Schlusspunkt eines jeden Genozids. Ich habe die perfiden Auswirkungen orchestrierten Hungers in den guatemalteken Hochländern während der genozidalen Kampagne von General Efraín Ríos Montt miterlebt, ebenso die Hungersnot im Süden Sudans, die einer Viertelmillion Menschen das Leben gekostet hat – ich ging an zerbrechlichen, skelettierten Leichen von Familien vorbei, die am Straßenrand lagen – und später im Bosnienkrieg, als die Serben Nahrungsmittellieferungen in Enklaven wie Srebrenica und Gorazde abschnitten. [...] Diese Taktik ist so alt wie der Krieg selbst. Der Bericht in der israelischen Zeitung Haaretz, wonach israelischen Soldaten befohlen wurde, an den Hilfsausgabestellen in die Menschenmengen zu schießen – mit bisher 580 Toten und 4.216 Verletzten – überrascht nicht. Es ist der vorhersehbare Höhepunkt eines Genozids, der logische Schlusspunkt einer Kampagne zu Massenvernichtung. Israel hat mit gezielten Tötungen von mindestens 1.400 Beschäftigten im Gesundheitswesen, Hunderten von UNO-Mitarbeitern, Journalisten, Polizisten sowie Dichtern und Akademikern, mit der Auslöschung ganzer Wohnblocks, der Bombardierung ausgewiesener „humanitärer Zonen“, in denen Palästinenser unter Zelten, Planen oder unter freiem Himmel Schutz suchen, mit der systematischen Zerstörung von UN-Verteilzentren, Bäckereien und Hilfskonvois sowie mit sadistischem Beschuss durch Scharfschützen auf Kinder längst klargemacht, dass Palästinenser als Ungeziefer gelten, die es auszurotten gilt.

Die Blockade von Nahrungsmitteln und humanitärer Hilfe, die seit dem 2. März über Gaza verhängt wurde, macht die Palästinenser vollständig abhängig. Um zu essen, müssen sie zu ihren Mördern kriechen und betteln. [...] Yousef al-Ajouri (40) schilderte gegenüber Middle East Eye seinen albatraumhaften Weg zu einem der vier Verteilzentren der Gaza Humanitarian Foundation (GHF). Diese Hubs sind nicht dazu gedacht, den Lebensmittelbedarf der Palästinenser zu decken – zuvor gab es 400 Verteilzentren –, sondern sie dienen dazu, die Palästinenser aus dem Norden Gazas in den Süden locken. [...] „Während ich den Boden entlang kroch, sah ich zu meiner Überraschung mehrere Frauen und ein paar ältere Menschen, die denselben gefährlichen Weg nahmen“, erzählte er. „Einmal schlug plötzlich scharfer Beschuss um mich herum ein. Wir versteckten

uns hinter einem zerstörten Gebäude. Wer sich bewegte, wurde sofort von einem Scharfschützen erschossen. Neben mir war ein großer, hellhaariger junger Mann, der mit der Taschenlampe seines Handys leuchtete. Die anderen brüllten ihn an, sie auszuschalten. Sekunden später wurde er von einem Schuss getroffen. Er brach zusammen und verblutete innerhalb weniger Minuten. Niemand konnte ihm helfen oder ihn in Deckung ziehen.“ Auf seinem Weg sah al-Ajouri insgesamt sechs Leichen von Menschen, die von israelischen Soldaten erschossen worden waren. [...]

Die GHF ist eine vom Mossad finanzierte Kreatur des israelischen Verteidigungsministeriums, die mit UG Solutions und Safe Reach Solutions zusammenarbeitet – beides Firmen, die von ehemaligen Mitarbeitern der CIA und US-Spezialeinheiten betrieben werden. Geleitet wird die GHF vom Pastor Johnnie Moore, einem rechtsradikalen christlichen Zionisten mit engen Verbindungen zu Donald Trump und Benjamin Netanjahu. Die Organisation arbeitet außerdem mit palästinensischen Banden zusammen, die im Drogenhandel tätig sind und der Hamas feindlich gegenüberstehen und die für die Sicherheit an den Verteilzentren zuständig sind.

Wie Chris Gunness, ehemaliger Sprecher des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge (UNRWA), gegenüber Al Jazeera sagte, betreibt die GHF „Aid-Washing“, eine Methode, um zu verschleiern, dass „die Menschen durch Hunger zur Aufgabe gezwungen werden“. Israel sowie die USA und europäische Länder, die Waffen liefern, um den Genozid aufrechtzuerhalten, ignorieren das Urteil des Internationalen Gerichtshofs (IGH) vom Januar 2024, das einen umgehenden Schutz der Zivilbevölkerung in Gaza und umfassende humanitäre Hilfe fordert. Die israelische Tageszeitung Haaretz berichtete unter der Überschrift „Es ist ein Schlachtfeld: Israelische Soldaten sollen absichtlich auf unbewaffnete Palästinenser schießen, die auf humanitäre Hilfe warten“, dass israelische Kommandeure ihren Soldaten befohlen hätten, auf Menschenmengen zu schießen, um sie von den Verteilzentren fernzuhalten oder zu vertreiben. „Es ist ein Schlachtfeld“, berichtete ein Soldat der Zeitung Haaretz. „Wo ich stationiert war, starben täglich bis zu fünf Menschen. Sie werden wie eine feindliche Streitmacht behandelt, kein Tränengas, keine Gummigeschosse, ausschließlich scharfe Munition aus Maschinengewehren, Granatwerfern und Mörsern. [...] AUTOR: ANTI-SPIEGEL, Thomas Röper, Link: <https://anti-spiegel.ru/ueber-anti-spiegel/>





Der Königlich Sächsische Gemeindeverband

monstrationen mitgemacht. Bis ich dann irgendwann einfiel, daß dies nicht zielführend ist. Habe mir zu dieser Zeit auch noch die Videos vom Youtube-Kanal „Sonacast“ angeschaut und war dann sehr angetan, als der Inhaber dieses Kanals ein Treffen von Patrioten (welche auch Zuschauer seines Kanals waren) in Chemnitz organisierte. So entstand eine Gemeinschaft von Menschen, welche die selben Gedanken hatten.

Antwort 4: Im Jahr 2015 war ich noch weit davon entfernt, darüber nachzudenken, was hier in unserem Land schief läuft. Bei „LEGIDA“-Demos bin ich nie gewesen. Ich habe das nur über die Medien verfolgt, was mich zum Nachdenken gebracht hat. Ein guter Freund nahm mich dann zu „Stammtischen“ mit und machte mich auf den Youtube-Kanal von „Sonacast“ aufmerksam. Stammtisch war für mich etwas, wo Männer hingehen und Biertrinken. Ich wurde eines Besseren belehrt. Es hat eine Weile gedauert, bis ich verstanden habe, was hier nicht stimmt. Im Oktober 2017 nahm ich als Beobachter bei der ersten Wahl teil. Das hat mich darin bestärkt, den Weg mit der Wahlkommission Sachsen weiterzugehen und mich aktiv einzubringen. Es ist ein ständiger Lernprozess und ich bin froh, ein Teil dieser Gemeinschaft zu sein.

- Wie ging es dann weiter?

Im Frühjahr 2017 wurde die Wählervereinigung mit Parteieigenschaften „Einiges Deutschland“ mit einem unabhängigen Schiedsgericht gegründet, dessen Hauptaufgabe die Organisation von Gemeindevahlen im staatlichen deutschen Recht sein sollte. R. wurde für den Bereich Sachsen zu einem Vorsitzenden des unabhängigen Schiedsgerichtes gewählt. Ein ähnliches Schiedsgericht wurde in Bayern gewählt, was dann die Organisation der Wahl für das Gebiet des Bezirksamtes Ebern organisierte.

Durch das jeweilige Schiedsgericht wurde die Wahlkommission Sachsen bzw. Bayern mit seinen Beisitzern berufen. Die Beisitzer hatten die Aufgabe die Prüfung der Staatsangehörigkeit im Bundesstaat vorzunehmen, wobei diese Beisitzer nicht zwingend Mitglied der Wählervereinigung (Verein/Partei) sein mußten.

Die Wahl für Ebern wurde mit der Bekanntmachung in allen Haushalten auf dem Gebiet des Bezirksamtes Ebern begonnen, wobei auch viele Sachsen tatkräftig halfen, diese Aufgabe zu bewältigen. Wenig später erfolgte die Bekanntmachung der bevorstehenden Wahlen auf den Gebieten von 15 Stadt- und Landgemeinden in Sachsen, was wiederum von einigen Bayern tatkräftig unterstützt wurde. Die Siegel der fünf sächsischen Kreishauptmannschaften, als höhere Verwaltungsbehörden und einige Gemeindegiegel wurden recherchiert und als Notstandsiegel erstellt bzw. für die Erstellung vorbereitet. Die ersten, für die Wahlen auf Gemeindeebene notwendigen, notstandsrechtlichen, vorläufigen Staatsangehörigkeitsausweise und Aufnahmeurkunden wurden für Stimmberechtigte und Wählbare ausgestellt und an diese ausgegeben.

Nicht nur um das Vakuum der Legitimation der verwendeten Notstandsiegel möglichst schnell zu beenden, wurden zeitnah weitere Vorbereitungen für die

ersten Wahlen und das Referendum über die Siegelrechte getroffen

- Wie verliefen die drei Wahlen und was wurde jeweils gewählt?

Am 15. Oktober 2017 fand die erste Wahl statt. R. war vorher als Vorsitzender des Schiedsgerichtes zurück getreten. Es entstand der Gemeindeverband mit dem Eigennamen „Königlich Sächsischer Gemeindeverband“, als Körperschaft des öffentlichen Rechtes, mit dem Zusammenschluß der Gebietskörperschaften von 15 Stadt- und Landgemeinden durch die, von der Wahlkommission Sachsen, als Teil des Schiedsgerichtes der Wählervereinigung „Einiges Deutschland“, abgehaltene Wahl mit Referendum zu den Siegelrechten dieser 15 Gemeinden sowie der Siegel der höheren Verwaltungsbehörden als Voll- und Notstandsiegel. Zudem wurde der Verweser, als Vertreter der 15 Gemeindevorsteher, gewählt. Die Wahl und das Referendum wurden, ohne fristgerechte Einwendungen gegen das Wahlverfahren, rechtsgültig abgeschlossen und das Ergebnis ortsüblich, öffentlich proklamiert.

Am 27. Oktober 2017 wurden die Siegel- und Wappenrechte, vom Vorsitzenden der Wahlkommission Sachsen, an den staatlich gewählten Verweser übertragen.

Somit wurde der Anspruch auf die Bodenrechte des Bundesstaates Sachsen und deren subsidiäre Verwaltung zur Pflege der Wohlfahrt des sächsischen Volkes wahrgenommen. Der staatlich gewählte Verweser setzte die alliierten Mächte, am gleichen Tag, noch rechtzeitig vor Ablauf von 99 Jahren nach dem Putz vom 28. Oktober 1918, rechtsgültig über diese Inanspruchnahme der Bodenrechte in Kenntnis.

Mit der zweiten Wahl, am 9. Dezember 2018, erhielt der Königlich Sächsische Gemeindeverband (KSGB) die Bestätigung des Verwesers und des Referendum über die Siegel- und Wappenrechte, zudem wurde eine Vergrößerung um die Gemarkungen von weiteren 39 Ortschaften und Gemeinden gewählt. Nach dem zeitlich verzögerten, aber erfolgreichem Abschluß dieser Wahl und vollständiger Übertragung der Siegel- und Wappenrechte vom Vorsitzenden der Wahlkommission Sachsen an den staatlich gewählten Verweser, mit Wirkung zum 14. Juni 2019, war der KSGB auf die Gemarkungen von 54 Ortschaften und Gemeinden erweitert. Die Wahl und das Referendum vom 9. Dezember 2018 wurden, ohne fristgerechte Einwendungen gegen das Wahlverfahren, rechtsgültig abgeschlossen. Das Ergebnis wurde ortsüblich, öffentlich proklamiert.

Zu einer der ersten staatlichen Einrichtungen des KSGB gehörte, die am 17. Juni 2019 vom Verweser des KSGB berufene, staatliche Wahlkommission Sachsen. Erstmals, nach mehr als 100 Jahren, wurde das private Vereinsrecht der Parteien vollständig verlassen.

Mit der Berufung der staatlichen Wahlkommission Sachsen entstand ein öffentliches Amt, welches mit den durch die Wahlen erworbenen Rechten für die Königlich Sächsischen Kreishauptmannschaften unter anderem die Feststellungen der Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat auf staatlicher Basis durchführen kann.

In der Zeit vom 19. bis 28. September 2022 fanden, mit zeitlicher Verzögerung, aber erfolgreichem Abschluß, die für alle Gemeinden auf dem Staatsgebiet des Königreich Sachsen im Gebietsstand

<p>FAX</p> <p>7 Seiten wurden am 27.10.2017 um 14:27 Uhr erfolgreich zugestellt</p> <p>Von +49 (0) [redacted] An +49 (0) 302 29 9 [redacted]</p>	<p>An Botschaft der Russischen Föderation Datum 27.10.2017 Seiten 7</p>	<p>FAX</p> <p>8 Seiten wurden am 27.10.2017 um 17:54 Uhr erfolgreich zugestellt</p> <p>Von +49 (0) 3 [redacted] An +49 (0) 30 8 [redacted]</p>	<p>An Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Datum 27.10.2017 Seiten 8</p>
<p>FAX</p> <p>8 Seiten wurden am 27.10.2017 um 17:47 Uhr erfolgreich zugestellt</p> <p>Von +49 (0) 3 [redacted] An +49 (0) 30 20 [redacted]</p>	<p>Von +49 (0) [redacted] An Botschaft des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nord Datum 27.10.2017 Seiten 8</p>	<p>FAX</p> <p>8 Seiten wurden am 27.10.2017 um 15:56 Uhr erfolgreich zugestellt</p> <p>Von +49 (0) [redacted] An +49 (0) 30 2 [redacted]</p>	<p>Von +49 (0) 3 [redacted] An Botschaft der Volksrepublik China Datum 27.10.2017 Seiten 8</p>
<p>FAX</p> <p>8 Seiten wurden am 27.10.2017 um 16:14 Uhr erfolgreich zugestellt</p> <p>Von +49 (0) [redacted] An +49 (0) 30 22 [redacted]</p>	<p>Von +49 (0) [redacted] An Botschaft der Republik Polen Datum 27.10.2017 Seiten 8</p>	<p>FAX</p> <p>8 Seiten wurden am 27.10.2017 um 16:25 Uhr erfolgreich zugestellt</p> <p>Von +49 (0) 3 [redacted] An +49 (0) 305 9 [redacted]</p>	<p>Von +49 (0) 3 [redacted] An Botschaft der Französischen Republik Datum 27.10.2017 Seiten 8</p>
<p>FAX</p> <p>10 Seiten wurden am 27.10.2017 um 14:13 Uhr erfolgreich zugestellt</p> <p>Von +49 (0) [redacted] An +49 (0) 302 2 [redacted]</p>	<p>Von +49 (0) [redacted] An Botschaft der Russischen Föderation Datum 27.10.2017 Seiten 10</p>	<p>FAX</p> <p>10 Seiten wurden am 27.10.2017 um 14:19 Uhr erfolgreich zugestellt</p> <p>Von +49 (0) 3 [redacted] An +49 (0) 302 29 [redacted]</p>	<p>An Botschaft der Russischen Föderation Datum 27.10.2017 Seiten 10</p>

An: 0074992 [redacted] Von: +49 [redacted]

Name: LAWROW SERGEJ WIKTOROWITSCH Name: [redacted]

Firma: Minister für auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation Firma: [redacted]

Straße: [redacted] Straße: [redacted]

Stadt: [redacted] Stadt: [redacted]

Datum: 27.10.2017 20:17 Uhr

Betreff: Bitte um Mitwirkung von Russland bei der Lösung der territorialen Selbstbestimmung von Sachsen und der Deutschen Frage

Protokolle der Fax an die Botschaften der Alliierten, mit der Inkennzeichnung der Übernahme der Bodenrechte durch die erfolgte Wahl mit Referendum durch die sächsischen Staatsangehörigen, vor Ablauf der 99-jährigen Frist

Der Königlich Sächsische Gemeindeverband



vom 31. Juli 1914, bekannt gemachten Wahlen und Referenda statt. Dafür erfolgte in den Jahren 2021 und 2022 die Wahlbekanntmachung, in allen sächsischen Land- und Stadtgemeinden sowie selbständigen Gutsbezirken, durch öffentliche Aushänge, welche dokumentiert und protokolliert wurden. Auch diese Wahlen und Referenda wurden ohne fristgerechte Einwendungen in das Wahlverfahren rechtsgültig abgeschlossen. Das Ergebnis der Wahlen und Referenda und die damit einhergehende Gebietserweiterung des Gemeindeverbandes auf das gesamte Staatsgebiet des Königreich Sachsen, wurde am 8. November 2022 satzungsgemäß und ortsüblich öffentlich proklamiert.

Neben den Wahlen der Gemeindevertreter, der Stadtverordneten, des Verwesers, der Bestätigung der geänderten Verbandsatzung und dem Referendum über die Siegel- und Wappenrechte, bei dem 98,7% der Stimmberechtigten dem Verweser diese Rechte übertrugen, wurde von 96,15% der Stimmberechtigten der Wille für eine indigene konstitutionelle Monarchie der sächsischen Staatsangehörigen unter Ausschluß von vatikanischem Recht auf dem sächsischen Staatsgebiet zum Ausdruck gebracht.

Mit der Wiedererlangung der Rechte, für die Gemarkungen der Gemeinden auf dem Gebiet des Königreich Sachsen, im Gebietsstand vom 31. Juli 1914 und Rechtsstand vom 27. Oktober 1918, durch den NSGW, wird es den Gemeinden ermöglicht, die Handlungsfähigkeit als rechtsfähige Gebietskörperschaften, insbesondere auf Grundlage der gültigen Königlich Sächsischen Landgemeindeordnungen und der gültigen Königlich Sächsischen Städteordnungen, wieder herzustellen.

- Verliefen die Wahlen reibungslos und ohne Störungen?

Bei der ersten Wahl wurde durch Presseartikel versucht den Ablauf der Wahl zu stören. Dies begann mit Presseartikeln, die auf die Bekanntmachung der Wahl zielten. Bei dieser Bekanntmachung wurden alle Haus-

Seltsame Post in Westsachsens Briefkästen

Der Verband „Einiges Deutschland“ verteilt Faltblätter und ruft zur eigenen Wahl auf. Abstrus, aber nicht gefährlich, sagt ein Verfassungsschützer.



dass ein Verweser ein vertrauter Verwalter des Kaisers ist, dass die Wiedervereinigung nie stattgefunden hat und dass 15 Prozent der nach Deutschland gekommenen Syrer IS Aktivisten sind. Hartensteins Bürgermeister Andreas Steiner (parteilos) reagierte gelassen auf das Flugblatt: „Manchen geht es in Deutschland offenbar zu

betrachte ich es nicht als gefährlich“, sagte Behördensprecher Martin Döring. Ob Strafverfolgung erfolgt, müssen die Strafverfolgungsbehörden entscheiden. Die sogenannten Reichsbürger versuchen Döring zufolge in der aktuellen Wahlkampfzeit die erhöhte politische Aufmerksamkeit zu nutzen, um für das eigene abstruse Anliegen

Auszug aus einem Presseartikel mit verfälschter Darstellung der Bekanntmachung der ersten Wahl mit Referendum vom Mittwoch, den 13. September 2017, Freie Presse, Ausgabe Zwickau

halte der jeweiligen Gemeinde mit einem Faltblatt als Wahlbenachrichtigung über die bevorstehende Wahl informiert. Dies wurde durch Artikel mit Titeln, wie beispielsweise „Seltsame Post in Westsachsens Briefkästen“ zwar zusätzlich bekannt gemacht, aber verfälscht dargestellt.

Bei der zweiten Wahl am 9. Dezember 2018 verlief zunächst alles reibungslos. Jedoch zum Sonnenuntergang, gegen 16:15 Uhr, fuhr eine Hundertschaft der POLIZEI vor, stürmte und besetzte, maskiert und mit automatischen Waffen bewaffnet, das Gebäude, in dem sich das Wahllokal befand. Diese Aktion erfolgte ohne schriftlichen Durchsuchungsbeschluss, mit der Aussage, dieser würde später nachgereicht, was zu keinem Zeitpunkt erfolgte. Diese „Eindringlinge“ bestätigten, daß keine Gefahr in Verzug sei, was einen schriftlichen Durchsuchungsbeschluss zwingend erforderlich gemacht hätte. Sie beschlagnahmten die vollständigen Wahlunterlagen, einige Rechner und die versiegelten Wahlbehälter. Zu diesem Zeitpunkt hatten alle Stimmberechtigten ihr Stimmrecht bereits wahrgenommen. Von den noch Anwesenden wurden die Personalien aufgenommen und das weitere Wahlprozedere beendet. Mit erhöhtem Aufwand wurde das Wahlergebnis ein halbes Jahr später, durch die Wahlkommission Sachsen, dennoch ermittelt. Im Dezember 2019 wurde der Vorgang eingestellt, da der Vorwurf der Amtsanmaßung nicht gegeben war. Zu diesem Zeitpunkt wurden die beschlagnahmten Dinge vollständig zurück gegeben und das zuvor ermittelte Wahlergebnis durch den polizeilichen Staatsschutz Zwickau bestätigt.

Zur dritten Wahl wurde durch Bedienstete der Verwaltung des vereinigten Wirtschaftsgebietes versucht,

die Wahlbekanntmachung zu stören und zu verhindern. Wahlbekanntmachungen wurden entfernt und gestohlen.

Eine Strafanzeige wurde zumindest mit einer erneuten und erweiterten Stellungnahme in Bezug auf den geltenden und den gültigen Rechtskreis beantwortet. Hier ein Auszug aus der Reaktion auf diese Strafanzeige. Hier wird von der Staatsanwaltschaft Leipzig ein Auszug aus einem „Prüfverfahren“ gegen



Das Wahllokal während der Besetzung durch Bedienstete der Verwaltung des vereinigten Wirtschaftsgebietes

die Wahlbekanntmachung im gültigen Recht übermittelt, der die eindeutige Trennung der Rechtskreise sehr



Wahlbekanntmachung zur zweiten Wahl mit Referendum an jeden Haushalt der jeweiligen Gemeinde



Foto aus dem Polizeibericht mit den, ohne schriftlichen Durchsuchungsbeschluss, beschlagnahmten Wahlbehältern, Wahlunterlagen und Rechner

deutlich macht. Besonders ist dabei auf den Hinweis der von den nationalen Sozialisten verbotenen Frakturschrift und die Verwendung von Staatswappen hinzuweisen, die in diesem Prüfverfahren bewertet

Der Königlich Sächsische Gemeindeverband



Als Reaktion auf Strafanträge gegen die Bediensteten, die für die Veranlassung und Durchführung dieser „Überfallaktion“ verantwortlich waren, konnte von der Staatsanwaltschaft Zwickau zumindest eine Stellungnahme erreicht werden, die den Rechtskreis des geltenden vom Rechtskreis des gültigen Rechtes trennt.



Staatsanwaltschaft
Zwickau

2.

Eine Strafbarkeit gem. §§ 107 ff StGB kommt hinsichtlich der handelnden Beamten und Justizangehörigen nicht in Betracht, da es sich um keine Wahl gemäß § 108d StGB gehandelt hat.

Zwickau, 5. März 2019

Muszug aus dem Schreiben der Staatsanwaltschaft Zwickau vom 5. März 2019, als Reaktion auf Strafanträge und Strafanzeigen gegen die, bei der Stürmung und Besetzung des Wahllokales beteiligten Bediensteten der Verwaltung des vereinigten Wirtschaftsgebietes

werden.

Außerdem wurde durch einen kleinen Teil der beruflichen Mitglieder der staatlichen Wahlkommission versucht, die Wahlkommission wieder zurück in den Status des Vereinsrechts herabzusetzen. Dies konnte rechtzeitig erkannt und verhindert werden, um die Durchführung der Wahl und Referenda nicht zu gefährden.

- Wie ist die Struktur des Königlich Sächsischen Gemeindeverbandes aufgebaut?

Die Basis bilden die Gemeindeglieder mit nachgewiesener sächsischer Bundesstaatenangehörigkeit und einem bestätigten Wohnsitz im Gemeindegebiet des NSGW. Nach durchgeführten Wahlen in ihren Gemeindegebieten bilden sie den jeweiligen Gemeinde-/ Stadtrat. Die gewählten Gemeindevertreter/Gemeindevorsteher/Bürgermeister treten der Versammlung, als höchstes Gremium des NSGW und Körperschaft des öffentlichen Rechtes, bei. Gemeinden ohne Gemeinde-/ Stadtrat werden vom Verweser, als direkt von den Gemeindegliedern gewähltem Vertreter, vertreten. Dem Verweser stehen zur Umsetzung der Aufgaben der Verweserrath, verschiedene Kommunalbeamte und die staatliche Kommission Sachsen beiseite. Die staatliche Kommission Sachsen ist untergliedert in die fünf Kreishauptmannschaften Bautzen, Chemnitz, Dresden, Leipzig und Zwickau. Die staatliche Kommission Sachsen ist mit dem Prüfverfahren der Bundesstaatenangehörigkeit betraut, und die Arbeit der Prüfergruppen jeder Kreishauptmannschaft wird durch einen stellvertretenden Vorsitzenden der staatlichen Kommission Sachsen überwacht. Die durch die staatliche Kommission Sachsen geprüften Gemeindeglieder stehen ihren Gemeinden zur nächsten Gemeindegewahl zusätzlich zur Verfügung. Die Versammlung wird zudem durch die Vorstände in den Bereichen Inneres, Äußeres, Recht und Finanzen unterstützt.

- Habt ihr Kontakt zur königlichen Familie aufgenommen?

Am 24. April 2020 wurde, wegen des bestehenden Notstandes, über das Extrablatt, einem öffentlichen Organ des Königlich Sächsischen Gemeindeverbandes, von den Gemeindegliedern des Königlich Sächsischen Gemeindeverbandes, zusammen mit allen Staatsangehörigen des Bundesstaates Sachsen und den in Sachsen lebenden fortschrittlichen Kräften, welche die Wohlfahrt für das sächsische Volk in ihrem Herzen tragen, nach dem uns verpflichteten König gerufen. Dieser Ruf wurde bestätigt wahrgenommen, jedoch nicht beantwortet.

- Worauf bezieht sich der Hinweis auf den Notstand in euren Ausweisen und

Siegeln?

Um sich auf einen Notstand beziehen zu können, bedarf es eines Rechtskreises, aus welchem sich der Notstand ergibt. Deshalb ist es zwingend notwendig, Wahlen in diesem Rechtskreis durchzuführen, um diese Siegel verwenden zu dürfen. Der Notstand ergibt sich dann aus dem Mangel an umsetzbaren Möglichkeiten innerhalb dieses Rechtskreises.

Siegelgebiete in denen bereits Wahlen stattgefunden haben, fallen nur teilweise aus diesem Notstand heraus. Der Königlich Sächsischer Gemeindeverband bezieht sich, nach seinen Erkenntnissen, auf den Rechtsstand



Aushang des Königlich Sächsischen Gemeindeverbandes mit seinem „Extrablatt“ im Frühjahr 2020, mit dem Ruf nach dem sächsischen König

vom 27. Oktober 1918, da dies der letzte Rechtsstand im gültigen Recht war und den Gebietsstand vom 31. Juli 1914, da dies der letzte Gebietsstand in Frieden und Souveränität im gültigen, nicht im geltenden, Recht war. Eine Unterscheidung zwischen Rechts- und Gebietsstand ist aus der Erkenntnis, der auch in der Kriegszeit nach dem 31. Juli 1914 bestehenden und faktisch fortgeführten Handlungsfähigkeit subsidiärer Rechtsebenen erforderlich.

- Weshalb könnt ihr für mich als Staatsangehörigen im Bundesstaat Freie Hansestadt Hamburg, der auf dem Gebiet des Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin lebt, keine Aufnahmeurkunde ausstellen?

Die Möglichkeit zur Ausstellung dieser Urkunde ist der höheren Verwaltungsbehörde des Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin oder eine auf dem Gebiet des jeweiligen Bundesstaates im Notstand handelnden Wahlkommission vorbehalten. Das wiederum bedeutet, daß es notwendig ist, zumindest eine Wahlkommission mit der Aufgabe zu gründen, Gemeindegewahlen und die Wahl eines Vertreters in der höheren Ver-

waltungsbehörde durchzuführen, um diese gebietsbezogenen Urkunden ausstellen zu können.

- Ihr habt meine Abstammung in Amtshilfe geprüft, kann sich jeder zur Prüfung seiner Bundesstaatenangehörigkeit bei euch melden?

Nein, grundsätzlich prüfen wir derzeit die auf dem Boden im Gebietsstand vom 31. Juli 1914 lebenden Sachsen. Ausnahmen werden bei Familienangehörigen der Sachsen gemacht, welche auf dem Boden anderer Bundesstaaten leben. Zudem wurden bereits mehrere hundert Anträge in Amtshilfe durch die Staatliche Kommission des NSGW geprüft und beurkundet. Da wir uns hierdurch erwarteten, daß die Geprüften in ihren Bundesstaaten aktiv an der Gemeindegewinnung arbeiten, dies jedoch von vielen Antragstellern nicht verstanden wurde, entscheidet der Vorstand und die staatliche Kommission Sachsen des NSGW im Einzelfall, ob weitere Amtshilfen ausgeführt werden, je nach Konzept der anfragenden Menschen.

- Hatte jede Gemeinde ein eigenes Siegel?

Mit der Einführung der kommunalen Selbstverwaltung im Königreich Sachsen im 19. Jahrhundert bestand die Notwendigkeit, daß auch die kleinste Landgemeinde ein Siegel zur rechtsverbindlichen Legitimation führt, um z.B. Urkunden und Verträge zu beglaubigen. Für die ersten Siegel der kleinen Landgemeinden wurden, mangels Wappen, oft landschaftliche oder ortstypische Darstellungen gewählt, mit denen sich die Einwohner identifizieren konnten. Um 1880 wurden von vielen Gemeinden offizielle Wappen beantragt, dies vereinheitlichte das Bild der sächsischen Gemeindegewappen mehr und mehr. Das Königreich Sachsen umfaßte 1910 zur letzten Volkszählung 5.374 erwähnte Ortschaften, Ortschaftsteile, Gutsbezirke, Forstreviere, Güter und Stadtteile. Wahlen erfolgten zu diesem Zeitpunkt in 79 größeren und großen Städten, 64 kleinen und mittleren Städten, 3.020 Landgemeinden und 35 selbständigen Gutsbezirken, somit gab es mindestens 3.198 Siegel.

- Weshalb stellt ihr Wohnsitzbestätigungen aus?

Die Wohnsitzbestätigung bildet, in Zusammenhang mit der Wahlbenachrichtigung, die Grundlage zur Teilnahme an einer Gemeindegewahl zur Wiederherstellung des staatlich deutschen Rechtes, sie beinhaltet u.Ä. den Gemeindegewahl gemäß Gebietsstand vom 31. Juli 1914 und Rechtsstand vom 27. Oktober 1918. Die Gemeindegewahlen haben höchste Priorität im Königreich Sachsen. Um alle Wahlberechtigten einer Gemeinde zu filtern und zu benachrichtigen, ist sie hilfreich und stellt zudem einen zwingenden Bestandteil

Der Königlich Sächsische Gemeindeverband



rer Verbreitung war Gegenstand eines Prüfvorgangs der Staatsanwaltschaft Leipzig. Im Ergebnis des Prüfvorgangs wurde der Anfangsverdacht für eine Straftat durch die Staatsanwaltschaft verneint. In der dort am 28.12.2021 ergangenen Absehensverfügung heißt es [auszugsweise]:

„[...]“

Von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen die für den Inhalt und die Anbringung der Plakate verantwortlichen Person(en) war nach § 152 Abs. 2 StPO abzusehen. Ein Anfangsverdacht für eine Straftat ergibt sich weder aus dem Inhalt der Plakate noch aus der Art und Weise ihrer Verbreitung.

Die Straftatbestände der §§ 107ff StGB (Straftaten bei Wahlen und Abstimmungen) sind bereits nicht anwendbar. Gemäß § 108d StGB gelten die Normen der §§ 107 bis 108c StGB für alle Wahlen des Volkes und daher für die Wahlen zu den Volksvertretungen, für sonstige Wahlen und Abstimmungen in Bund und Ländern, für Kommunalwahlen und Abstimmungen in kommunalen Angelegenheiten wie auch Wahlen und Abstimmungen in Teilgebieten von Bundesländern oder kommunalen Gebietskörperschaften. Auf bloße Phantasiewahllisten sind die Vorschriften des Wahlstrafrechts mithin nicht anwendbar.

Auch ein Anfangsverdacht für eine nach § 132 StGB strafbewehrte Amtsanmaßung liegt nicht vor. Zwar ist für die Verwirklichung des Tatbestandes des § 132 Alt. 1 StGB nicht erforderlich, dass das angemaßte Amt tatsächlich existiert (vgl. Schönke/Schröder/Sternberg-Lieben, 30. Aufl. 2019, StGB § 132 Rn. 3-5), sodass es ebenso ausreicht, dass auf die Ausübung staatlicher Aufgaben durch einen Funktionsträger konkret hingewiesen wird. Auch maßt sich die „staatliche Wahlkommission“ an, staatliche Wahlen zu organisieren und abzuhalten. Es handelt sich jedoch bei der Wahlkommission bereits vom äußeren Anschein her um eine nicht existierende staatliche Stelle. Dies ergibt sich bereits ohne Weiteres aus der Aufmachung der Plakate. Auch bei flüchtiger Betrachtung dieser ist ersichtlich, dass sich diese Organisation - ebenso wie der auf der Internetseite genannte „Königlich Sächsische Heimatverbund“, dem sich die staatliche Wahlkommission zuordnet - nicht der derzeitigen staatlichen Verwaltung der Bundesrepublik bzw. des Freistaates Sachsen zuordnen lässt und daher keinen offiziellen und amtlichen Anschein erweckt. So sind auf dem Plakat die Überschrift („Öffentliche Bekanntmachung Eröffnung der Wahllisten“) ebenso wie die Worte „Alle Urheberrechte bei der staatlichen Wahlkommission Sachsen“ „Gemeinde-Schlüssel“ und „Zeitraum der Bekanntmachung“ in Frakturschrift abgedruckt. Frakturschrift wird bereits seit Anfang des 20. Jahrhunderts im deutschsprachigen Raum nicht mehr genutzt, sodass bereits die Nichtverwendung der in Deutschland gebrauchten Antiqua-Schrift auf den ersten Blick belegt, dass das Plakat nicht von einer existierenden staatlichen Stelle herrührt. Gegen den Anschein einer tatsächlich existierenden staatlichen Stelle sprechen zudem die groß abgedruckten und dadurch sofort erkennbaren

Wappen. Dabei handelt es sich nicht um das Landeswappen des 1918 entstandenen Freistaates Sachsen, sondern um die Staatswappen des bis 1918 existierenden Königreichs Sachsen. Darüber hinaus befindet sich auf dem unteren Teil des Plakats ein Ausschnitt des sog. „Fürstenzug“, welcher in Dresden auf der Außenwand des Stallhofs des Dresdner Residenzschlosses angebracht ist. Derartige „Dekorationen“ finden sich auf echten amtlichen Mitteilungen nicht. Nicht zuletzt deuten auch zahlreiche Passagen auf dem Plakat darauf hin, dass es sich um eine Phantasie-Organisation handelt, die zum Eintrag in Phantasiewahllisten aufruft, so insbesondere die für einen Eintrag genannte Voraussetzung des Besitzes einer „sächsischen Staatsangehörigkeit“.

Nicht ersichtlich ist, dass durch die Anbringung der Plakate fremde Sachen beschädigt oder jeden-

Auszug aus dem Schreiben der Staatsanwaltschaft Leipzig vom 5. Januar 2022, als Reaktion auf die Strafanzeige wegen Wahlbehinderung durch Störung der Wahlbekanntmachung

der Verwaltungsstruktur im Königreich Sachsen dar.

- Wie hoch ist der Lohn für eure Arbeit im KSGV?

Wer im KSGV mitarbeitet, tut dies freiwillig und unentgeltlich. Es werden auch keine weiteren Kosten, z.B. Fahrtkosten, erstattet. So ist sichergestellt, daß die Arbeit aus gelebter Überzeugung und zum Wohle der Sachsen ausgeführt wird. Büromaterial, Porto und sonstige Kosten werden aus Schenkungen, zum Dank für unsere Arbeit, finanziert.

- Weshalb bezieht ihr eure Arbeit auf das Deutsche Reich - Kaiserreich?

Unter Anderem durch den Versailler Vertrag von 1919, das Reichskonkordat 1933 und die Weimarer Verfassung, wurden den deutschen Glied-/Bundesstaaten die Identität ihrer Völker und ihr Land/Boden geraubt.

Somit wurden den Glied-/Bundesstaatsangehörigen (Indigenat-Deutsche =Einheimische) die Privilegien und Lasten (Rechte und Pflichten) genommen, welche ihnen als deutsche Volkszugehörige des Deut-

schen Kaiserreiches, gemäß RuStAG vom 22. Juli 1913, vererbt wurden.

Die Rechtsträger mit Land- und Bodenrechten wurden Mann und Weib genannt (deshalb die Bezeichnungen männlich und weiblich), diese Rechte bildeten die Basis für Leben, Handel, Kultur und Wirtschaft. Das allgemeine Wohlergehen diente dem friedlichen Zusammenleben nach Innen und Außen.

Der Identitätsverlust erfolgte u.A. über die Einführung von Personen mit Nachname (nicht Familienname), Vorname (nicht Rufname), feither sprach man nicht mehr von Sachsen, Preußen, Württemberger. . . und die Volkszugehörigkeit verschwand.

„Demjenigen, dem der Boden gehört, gehört alles bis zum Himmel.“

(Cuius est solum, ejus est usque ad caelum.)
[Bouvier] 1856 Maximes of Law]

Wir möchten unsere Erbrechte als Menschen, in unserer Heimat, wieder wahrnehmen!

- Wenn ich meine Staatsangehörig-

keit in einem Bundesstaat des Deutschen Reiches (1871) nachweise, bin ich dann nicht automatisch Reichsbürger?

Die Bezeichnung „Reichsbürger“ wird heute, obwohl strafrechtlich relevant, zur Diffamierung verwandt. Sind damit die Bundesstaatsangehörigen des Deutschen Kaiserreiches oder die Personen im „Nazi-Reich“ gemeint? In Meyers-Lexikon (Ausgabe 1963) und dem Brockhaus (1992) kann ich diesen Begriff gar nicht finden, im Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935, dem antisemitischen Gesetz des NS-Staates, ist dieser Begriff jedoch definiert. Da die Anwendung der NS-Gesetze verboten ist, entsteht die Frage zur Strafbarkeit bei Verwendung dieses Begriffes. Eine Verwendung von NS-Vokabular zur Spaltung der Menschen sollte an sich strafrechtlich hinterfragt werden! Der KSGV distanziert sich von diesem Begriff und dem Umgang damit vollumfänglich und ist schon aufgrund seines Rechts- und Gebietsstandes nicht damit in Verbindung zu bringen!

Der Königlich Sächsische Gemeindeverband



„Reichsbürgern“ wird heute oft nachgefragt, daß sie die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Institutionen nicht anerkennen. Die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und ihre Ausübung von Gewalt im Zusammenhang mit dem geltenden Recht ist unstrittig. Desweiteren wird häufig angeführt, daß „Reichsbürger“ sich auf die „Idee“ beriefen, das Deutsche Reich wäre noch existent. Die Existenz des Deutschen Reiches wurde u.Ä. mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts der BRD am 31. Juli 1973 in 2 BvB 1/73 höchststrichterlich bestätigt. Zitat: „Es wird daran festgehalten, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist; es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig. Die BRD ist nicht „Rechtsnachfolger“ des Deutschen Reiches . . .“

In der logischen Konsequenz leiten sich daraus die Staatsangehörigkeiten in einem der Bundesstaaten des Deutschen Reiches ab, die sich von der Staatsangehörigkeit, DEUTSCH, die bekanntlich erst mit der Diktatur des Nationalsozialismus eingeführt wurde, abgrenzt.

- Hat das zitierte Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1973 nach dem „2+4-Vertrag“ am 12. September 1990 und der Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 noch Bestand?

Das Urteil wurde vom Dt. Bundestag in der Drucksache 18/4076 (Bekämpfung der Verherrlichung des Nazismus) am 20. Feb. 2015 auf Seite 10 und in der Drucksache 18/5178 (70 Jahre Potsdamer Abkommen) auf Seite 3 bestätigt. Nachzulesen ist das auf folgenden Adressen des Dt. Bundestags: <https://dserver.bundestag.de/btd/18/040/1804076.pdf> und <https://dserver.bundestag.de/btd/18/051/1805178.pdf>.

- Weshalb sollte man das derzeitige System hinterfragen?

Die vorangegangenen Fragen erklärten bereits den Raub unserer Rechte als Menschen. Folgende Aussagen wurden u.Ä. von verschiedenen Politikern getätigt,

welche erste Anregungen zum Hinterfragen geben könnten;

Carlo Schmid (8. Sep. 1948, in der 6. Sitzung des Parlamentarischen Rats): „Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beraten und zu beschließen. Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten.“

Richard von Weizsäcker (Bundespräsident der BRD von 1984 bis 1994): „Alle deutsche Politik müsste darauf ausgerichtet sein, den Deutschen Nationalstaat wieder herzustellen, wie ihn Bismarck 1871 gegründet hat.“

Wolfgang Schäuble (18.11.2011, CDU beim 21. Europ. Banking Congress Frankf. a. M.): „Wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen.“

Horst Seehofer (20.05.2010, bei der ARD-Sendung „Aufgemerkt! Pelzig unterhält sich“): „Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.“

Gregor Gysi (08.08.2013, in einem Phönix-Interview zur NSA-Abhör-Affäre): „Ich muß Ihnen mal sagen, daß das Besatzungsstatut immer noch gilt, wir haben nicht das Jahr 1945, wir haben das Jahr 2013. Könnte man das nicht mal aufheben und die Besatzung Deutschlands beenden?“

Siegmar Gabriel (26.02.2010, beim SPD-Landesparteitag NRW zur CDU-Bundesregierung): „Ich sage Euch, wir haben gar keine Bundesregierung. Frau Merkel ist Geschäftsführerin einer neuen Nicht-Regierungsorganisation in Deutschland.“

Theo Waigel (08.07.1989): „Mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945, ist das Deutsche Reich nicht untergegangen. Es gibt keinen völkerrechtlich wirksamen Akt, durch den die östlichen Teile des Deutschen Reiches

von Diesem abgetrennt worden sind.“

Robert Habeck (April 2018): „Es gibt kein Volk und es gibt deswegen auch keinen Verrat am Volk!“

Hieraus ergeben sich die Fragen, weshalb werden Zitate dieser Art geäußert und weshalb werden sie nicht öffentlich diskutiert? Die Recherche obliegt somit Jedem selbst!

- Weshalb schreibt ihr in altdeutscher Schrift?

Der Königlich Sächsische Gemeindeverband nutzt für alle Urkunden und dem gesamten Schriftverkehr Frakturschrift. Diese Schrift ist die Amtsschrift u.Ä. für alle Urkunden, Dokumente, Veröffentlichungen und Gesetz- und Verordnungsblätter in unserem gültigen Rechtskreis, deshalb wird sie von uns wieder genutzt. Zudem wurde die Frakturschrift „im Auftrage des Führers“, mit offiziellem Schreiben von Martin Bormann, vom 3. Januar 1941, untersagt. Da sich der Königlich Sächsische Gemeindeverband aus ernst gemeinter und gelebter Überzeugung vollumfänglich von den Ideologien des Nationalsozialismus distanziert, ist dies ein weiterer Grund, die in diesem Zeitraum eingeführten Schriften nicht zu verwenden.

- Was ist das eigentliche Ziel des Königlich Sächsischen Gemeindeverbandes?

Wir erschaffen für das Gebiet des Königreich Sachsen eine staatliche Struktur im gültigen Recht, im Bewußtsein der Existenz des derzeitigen parallelen Systems des vereinigten Wirtschaftsgebietes im geltenden See- und Handelsrecht. Dies geschieht aus ernst gemeinter und gelebter Überzeugung der vollumfänglichen Distanzierung von der Ideologie des Nationalsozialismus.

Der Titel dieses Artikels ist „Machen ist wie Wollen, nur krasser!“ - Wie kann jemand in die Handlung kommen?

1. Ich kann kritisch sein und mir Wissen aneignen, das in der breiten Öffentlichkeit nicht diskutiert wird. Zum Beispiel finden sich viele Informationen auf den öffentlichen Seiten des NSGB und im Bereich „Fragen und Antworten“: www.ksg-gemeinden.info

2. Ich kann die neuesten Informationen auf dem Telegram-Kanal des NSGB verfolgen und abonnieren. Die Telegram-Adresse findet sich im Bereich „Impressum“ der NSGB-Hauptseite.

3. Ich kann die eigene Staatsangehörigkeit in einem der 26 Bundesstaaten des Deutschen Reiches erforschen (Stichwort: „Ahnenforschung“) und mittels der Formulare des NSGB einreichen (Bereich „Formulare“). Nach erfolgreicher Prüfung wird die Staatsangehörigkeit festgestellt.

4. Ich kann meinen Wohnsitz auf dem Gebiet des Königreich Sachsen, gemäß Gebietsstand vom 31. Juli 1914 und Rechtsstand vom 27. Oktober 1918, anmelden (Formular „Wohnsitzmeldung“), für die z.B. Landgemeinde, in der ich lebe.

Die Gemeindemitglieder des NSGB beantworten weitere Fragen gern in einer der folgenden Ausgaben!

Fragen können an die Vollandraht-Redaktion oder an kontakt@ksg-gemeinden.info gesandt werden.

Im Auftrage des Führers wird Herr Reichsleiter Amann zunächst jene Zeitungen und Zeitschriften, die bereits eine Auslandsverbreitung haben, oder deren Auslandsverbreitung erwünscht ist, auf Normal-Schrift umstellen.

gez. M. Bormann.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

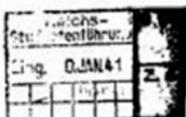
Der Stellvertreter des Führers

Stabsleiter

Büro Nr. 33, im

s. St. Obernaußberg, des NSGB

Rundschreiben
(Nicht zur Veröffentlichung)



Rundschreiben mit dem Verbot der Frakturschrift und Einführung der Normalschrift (Antiqua) durch die nationalen Sozialisten im Jahr 1941

VOLLDRAHT



Memes sind satirisch, ironische Darstellungen, die im überzogenen Kontext die Propaganda der BRD-Junta durchbrechen. Memes verursachen bei den indoktrinierten BRD-Dummdödel meistens einen Riss in der Realitätsblase, bei

CORRECTIV
 Recherchen für die Gesellschaft

Du hast als Kind schon gern gelogen? Komm zu uns!

Wir suchen: Faktenchecker
 Fachkraft für Meinungskorrektur (m/w/d)

Klardenkern bewirken Memes ein Schmunzeln. Das Gegenstück dazu bieten die Fascho-Kobolde der grün-roten-schwarzen Einheitspartei für Vollidioten der BRD-Junta



Rechtsvermutung: Gelber Brief



Netzfund

Das ist kein Brief sondern eine Briefsendung. Von der Beitreibung eines Verwaltungsaktes ist der Schuldner von der Behörde, die den Verwaltungsakt erlassen hat, durch verschlossenes Schreiben zu mahnen (vgl. # 13 Abs.2 SächsVwVG). Damit bestehen Zweifel, ob das Schriftstück die Adressatin erreicht hat. Sie gehen zu Lasten der Behörde, denn es existiert keine Vermutung für den Zugang formlos versendeter Briefe (BVerwG Beschluss vom 09.Oktober 1993 - 2 BvR 482/72, Beschluss,vom), also es muss ein verschlossener Umschlag sein, kein Sichtfenster und kein Geschäftszeichen sichtbar sein: somit sind alle gelben Briefe wegen fehlender Formvoraussetzungen null und nichtig. Grundsatz: Verschlossenes Schreiben ist bundesweit zu beachten. In allen Landesvollstreckungsgesetzen (wie z. B. § 13 Abs. 2 SächsVwVG, § 13 Abs. 2 VwVG NRW, § 13 Abs. 2 BayVwVZG etc.) wird die Mahnung vor Vollstreckung durch ein verschlossenes Schreiben ausdrücklich gefordert. Dieser Begriff „verschlossenes Schreiben“ ist nicht nur formal zu verstehen, sondern schützt: das Persönlichkeitsrecht des Adressaten (Art. 1 Abs. 1 i.V.m. Art. 2 Abs. 1 GG), und dient der Vertraulichkeit der Behördenpost. Der Begriff „verschlossen“ ist bundeseinheitlich auszulegen, da: alle Landesgesetze sich inhaltlich am Bundesverwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) und dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz des Bundes (VwVG) orientieren.

Das VwVG Bund in § 13 Abs. 1 VwVG ebenfalls Mah-

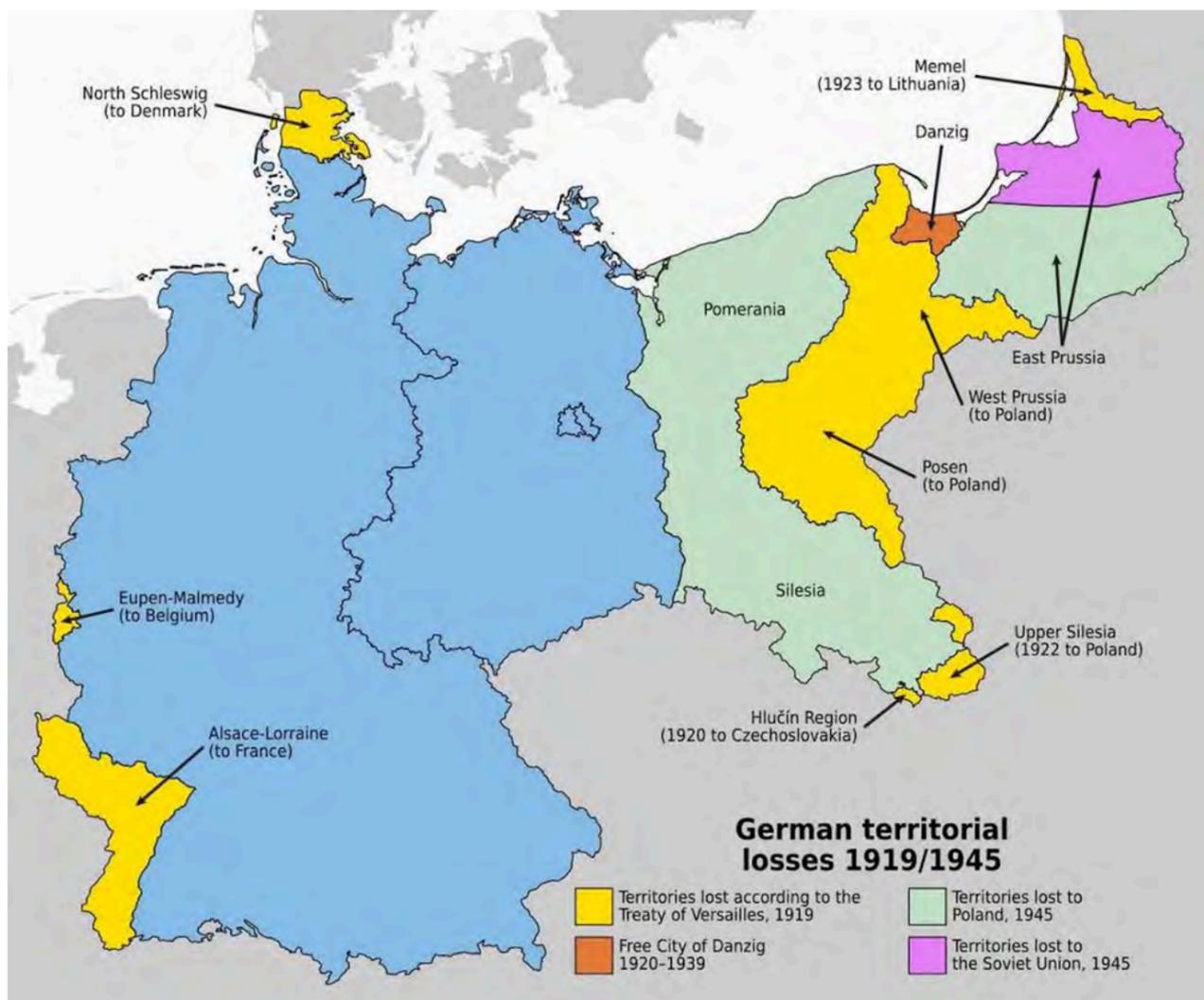
nungen vor Beitreibung vorsieht – auch hier gilt die Schutzfunktion der Verschlossenheit analog. BVerwG und BVerfG haben mehrfach betont: Ein einfach versandter Brief ohne Nachweis des Zugangs genießt keine Zugangsvermutung (z. B. BVerfG, Beschl. v. 09.10.1993 – 2 BvR 482/72) Fazit: Bundesweit ist eine Mahnung nur dann wirksam, wenn sie in einem vollständig verschlossenen Umschlag ohne Sichtfenster oder äußere Rückschlüsse auf den Inhalt erfolgt. Andernfalls ist die Vollstreckung mangels ordnungsgemäßer Mahnung rechtswidrig. 1. Gelber Brief ≠ Mahnschreiben nach Vollstreckungsrecht Ein „gelber Brief“ ist eine förmliche Zustellung, geregelt z. B. in: § 3 VwZG (Verwaltungszustellungsgesetz, Bund), oder den entsprechenden Landeszustellungsgesetzen. Diese Zustellungen sind rechtlich vorgesehen, z. B. für: Verwaltungsakte (z. B. Bußgeldbescheide, Steuerbescheide), Ladungen, Widerspruchsbescheide. Sie sind formell wirksam, wenn sie den Vorschriften der Zustellungsgesetze genügen (etwa Nachweis durch Zustellungskunde, vollständiger Abschluss etc.). 2. Mahnung nach § 13 Abs. 2 SächsVwVG (und ähnlich in anderen Ländern) Hier ist die Rede von einem „verschlossenen Schreiben“ – aber nicht im Sinn einer „förmlichen Zustellung“, sondern als Voraussetzung vor Einleitung der Vollstreckung. Das bedeutet: Es muss nicht förmlich zugestellt werden (kein „gelber Brief“ nötig), aber es muss in einem vertraulichen, verschlossenen Umschlag sein (also kein Sichtfenster, keine Rückschlüsse auf Inhalt, keine außen angebrachten Geschäftszeichen usw.), und der Zugang muss im Zweifel bewiesen werden können.

Fazit zu Deiner Aussage: **„Alle gelben Briefe sind nichtig“ – das stimmt nicht.**

Richtig ist: Ein Mahnschreiben vor einer Vollstreckung, das nicht in einem anonymen, vertraulichen und verschlossenen Umschlag zugegangen ist, erfüllt nicht die gesetzlichen Voraussetzungen (z. B. § 13 Abs. 2 SächsVwVG). Ohne wirksame Mahnung ist die anschließende Vollstreckung rechtswidrig. Förmliche Zustellungen („gelber Brief“) sind hingegen grundsätzlich wirksam, wenn sie dem Zustellungsrecht entsprechen

Preußen im ideologischen Reißwolf des Zionismus

Dreimal in 111 Jahren wurde die Bevölkerung im Preußischen Gebiet, in für die Bevölkerung sinnfreie und von vornherein aussichtslosen Kriege gegen Russland involviert. Da Preußen als Völkerrechtssubjekt nicht zu zerstören ist, wird es scheinbar aufgelöst. Es wird Zeit, das die Preußen diesen Wahnsinn der jüdisch zionistischen Okkupation beenden, so daß sich Frieden und Stabilität einstellen kann.



Es scheint mir, dass die bundesdeutsche Regierung intensiv daran arbeitet, dass der Bundestag bald wieder so aussieht wie 1945!

Wer eine Atommacht bis auf das Blut reizt, beweist lediglich, dass er aus der Geschichte nichts gelernt hat und es ihm an Verstand mangelt.



Boris Pistorius erklärte, dass deutsche Truppen bereit seien, „russische Soldaten zu töten“!?

Boris Pistorius ist der Verteidigungsminister der BRD-Junta von was?

- der Firma „Bundesrepublik Deutschland“ oder der Firma „Deutschland“ oder der Firma „GERMANY“?



Offizielle Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa

Rus. Botschaft / Telegram : Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, dass offizielle Vertreter Berlins, ihren Wunsch zu verschleiern versuchen, sich an Angriffen tief ins russische Territorium zu beteiligen, und zwar mittels der Ukrainer, um ihnen die volle Verantwortung für die Folgen aufzubürden.

Die aggressive Haltung gegenüber Russland wurde offen vom deutschen Verteidigungsminister Boris Pistorius bestätigt, der am 14. Juli 2025 in einem Interview mit der Financial Times erklärte, dass deutsche Truppen bereit seien, „russische Soldaten zu töten“, sollte ein NATO-Mitglied angegriffen werden. Wir haben mehrfach, und zwar auf höchster Ebene, deutlich gemacht, dass wir keine Absicht haben, NATO-Staaten anzugreifen. Was die deutsche Unterstützung bei der Herstellung von Langstreckensystemen in der Ukraine betrifft, so könnten sich dahinter Pläne verbergen, auf ukrainischen Rüstungsbetrieben eine lokale Endmontage der Taurus-Raketen einzurichten, deren Lieferung an die ukrainischen Streitkräfte Berlin laut Pistorius derzeit angeblich verweigert.

Die ersten von unseren Luftabwehrsystemen abgeschossenen Raketen werden es ermöglichen, schnell zu bestimmen, wo und wie sie hergestellt wurden – und vor allem: das Herkunftsland eindeutig zu benennen. Auch über die Konsequenzen haben wir bereits gewarnt.

Es besteht kein Zweifel daran, dass der Einsatz von Langstreckenwaffen ohne die direkte Beteiligung militärischer Fachkräfte aus den Herstellerländern dieser Systeme unmöglich ist (wie etwa der Erhalt von Aufklärungsdaten mittels NATO-Satelliten, die Zielprogrammierung usw.). De facto wären deutsche Militärangehörige bei einem Einsatz der erwähnten Taurus-Raketen oder ihrer Modifikationen direkt in die Planung und Durchführung militärischer Operationen gegen Russland involviert – mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen. Im November 2024 hat der russische Präsident, Wladimir Putin, unmissverständlich unsere Position bezüglich der Entscheidung westlicher Länder klargestellt, Kiew grünes Licht für den Einsatz ihrer Langstreckenwaffen gegen Ziele tief im russischen Territorium zu geben. Diese Position bleibt unverändert.

Russland betrachtet sich als berechtigt, seine Waffen gegen militärische Objekte jener Länder einzusetzen, die ihrerseits den Einsatz ihrer Waffen gegen Russland zulassen. Im Falle einer weiteren Eskalation des Konflikts werden wir entschlossen und symmetrisch antworten.

Der Besatzungsstatus ist illegal, nach deren Kriterien

Transkription der Sprachnachricht von Diplomateninterview

Hallo liebe Freunde, liebe Leser, liebe Hörer. Ja Ich habe das jetzt einfach mal hier weiter geleitet, dieses UNO bestätigt offiziell die heutige Besetzung Deutschland, das ist ein nicht korrekt formuliert, es ist eine NGO, diese ach Gott, doch oh Gott, wie war das jetzt nochmal? S, E, irgendwas da. Diese E-C-O-S-O-C ist in sich schon eine NGO. Eine Non-Government-Organisation. Und die UN auch. Die UN selbst ist doch eine NGO, das ist doch keine Government-Organisation. Ja, weil wenn es eine Government-Organisation ist, dann müssen sie mit .gov enden. Versucht mal, wenn ihr eine Domäne anmeldet, mit .gov eine zu machen. Ihr werdet staunen. Ja, liebe Freunde, die ganze Welt ist eine Firma. Die ganze Welt ist betriebswirtschaftlich organisiert, auf Umsatz und Gewinn ausgelegt. Deshalb ist es auch eine Firma. Sie ist nicht eine Firma, weil Ich es sage oder sie ist auch keine Firma, weil sie da in Bradstreet drin steht und irgendwelche D.U.N.S.-Nummer hat. Sie stehen deshalb dort drinnen, weil sie eine Firma sind, weil alles eine Firma ist, komplett eine Firma ist. Sie sind auch keine Firma, weil sie eine Steuernummer haben oder eine Umsatzsteuer-ID-Nummer. **Sie haben sie, weil sie eine Firma sind.**

Also es ist ein Umkehrschluss, der hier gemacht werden muss. Deutschland ist unter Besetzung, im Jahre 2005 endete automatisch nach Hager Landkriegsordnung (HLKO) die für die USA, für die Russische Föderation, sorry das war ja Russische Föderation schon die Rechtsnachfolge dann für Großbritannien und für China und für, habe ich einen vergessen? Die Besetzungen also der Bundesrepublik Deutschland endeten, denn die Hager Landkriegsordnung gilt für diese sogenannten Alliierten. Frankreich ist ausschließlich Lizenznehmer von China, denn Frankreich hat kapituliert Frankreich kann keine Besatzungsmacht sein. Frankreich hatte kapituliert, besser gesagt die Armee hatte kapituliert. Genauso, wie in Deutschland nur die Armee kapituliert hat. Die Armee, die in der Insolvenzverwaltung von Deutschland war, nach 1933. Denn 1933 war alles insolvent. Alles. **Wirklich jede Struktur in dieser Welt war insolvent.** Von Haus aus insolvent. Und stand unter Kontrolle des Militärs.

Das Militär ist quasi der Insolvenzverwalter dieser Welt. So, also hatte Frankreich kapituliert, die französische Armee hatte kapituliert, der Insolvenzverwalter hat kapituliert und somit hat der Insolvenzverwalter des Zweiten Deutschen Reiches das übernommen. Das ist alles. Und die haben dann auch irgendwann kapituliert, also haben die das Militär von den Alliierten die Verwaltung übernommen. Und deshalb steht alles unter Militärverwaltung in Deutschland.

Bis zum Jahre 2005, der nachher Landkriegsordnung, endet eine Besetzung automatisch nach 60 Jahren. Es sei denn, die Verwaltung dieses Besatzungsgebietes

erklärt sich bereit, weitere Besetzungen zu akzeptieren. **Das heißt, wenn die sogenannte Regierung sich bereit erklärt, die Besetzung weiterhin zu akzeptieren, dann genau in diesem Moment geht die Besetzung weiter. Und das hat Schröder damals gemacht, im Frühsommer 2005 hat er die Besetzung akzeptiert für weitere 50 Jahre. Ja, Ihr hört richtig, für weitere 50 Jahre.** Das sind jetzt interne Informationen aus dem Militär.

Deshalb gab es anschließend das Misstrauensvotum und es gab eine neue Regierung. Und Merkel kam an die Macht Es war quasi ein neuer Vertrag. Der neue Vertrag musste durch eine neue Regierung abgesegnet werden. Das war alles. Es war quasi eine Vereinsumwandlung. Nenn das mal so, ja? Ja, Ich muss manchmal drüber schmunzeln und lachen, weil wir wissen ja gar nicht, was da draußen los ist. Wir denken immer, es gibt hier um freiheitlich, demokratische, soziale, souveräne Rechtsstaaten, aber hier geht es alles nur um Firmen. Das ist alles. Firmen und deren Verwaltung, das ist alles.



Das bedeutet also, dass eine nicht ordnungsgemäße Regierung, eine nicht versicherte Regierung diese Entscheidung getroffen hat.

So, jetzt nähern wir uns einem sehr, sehr interessanten Punkt. Wer ist der Rückversicherer einer Regierung? Der Rückversicherer einer Regierung sind am Ende der ganzen Kette wir. Wir, die sogenannten Wähler, die ihre Stimme abgeben und quasi durch den Gang zur Wahlurne diese Regierung zustimmen. Das muss aber versichert geschehen. Das heißt, der Rückversicherer muss zustimmen mit dem Prozedere der Regierungsbildung. Ohne diese Zustimmung des Rückversicherers kann keine Regierung gebildet werden.

Was ist denn passiert? Das Bundesverfassungs-

gericht hat dreimal gerügt, wie die Übergangsmandate dazu genutzt werden, eine Regierung zu bilden und hat definitiv gesagt, dass diese Regierungsbildung nicht durch die Verfassung gedeckt ist, also nicht durch den Rückversicherer gedeckt ist. Somit war also die Regierungsbildung, an deren Spitze Schröder stand, nicht versichert. Somit war also eine nicht versicherte Handlung, die dazu führte, dass Schröder an die Macht kam, der dann diese Besatzungsverlängerung gemacht hat.

Somit ist also diese Besatzungsverlängerung illegal.

Denn Schröder war nicht versichert für diese Handlung Und eine nicht versicherte Handlung ist nicht zulässig. Wenn Ihr mit einem nicht versicherten Auto herumfährt bekommt Ihr eine fette Geldstrafe Wenn Ihr keine Krankenversicherung habt, bekommt ihr eine fette Geldstrafe. Wenn Ihr sie nicht bezahlt bekommt, bekommt ihr eine fette Geldstrafe. Und die machen das einfach. Einfach so.

Dass jetzt zusätzlich auch noch sich die Bundesrepublik Deutschland 1995 selber aufgelöst hat und 2005 in einer Nacht-und-Nebel-Aktion wieder ins Leben gerufen wurde, ist noch ein anderes Thema. Dass die sogenannte Bundesrepublik Deutschland mit einer Kennzahl von 0,0,0 bei der UN drin steht, kommt auch noch dazu. Also was läuft hier eigentlich? **Verarschung pur.** Ein besetztes Gebiet braucht keine Kennzahl bei der UN, das ist gar nicht nötig. Sie werden ja verwaltet, militärisch verwaltet durch die Alliierten, durch Russland, China, USA und Großbritannien. So, liebe Freunde, das war jetzt mal starker Tobak, gell?

Also, was sage ich jetzt hier gerade um diesen Moment? **Ich sage hiermit, dass die Besetzung illegal ist. dass hier seit 2005 eine illegale Regierung in einer illegalen Besetzung entsprechend Bruch sämtlicher Verträge agiert.**

Und wenn Putin mal einfach seinen Beratern in den Arsch treten würde, verzeiht mir die Ausdrucksweise, und mal sich das Ganze anschaut und auch das, was Ich ihm damals 2016 habe zukommen lassen, sich nochmal anschaut, dann weiß er genau, er muss keinen Krieg führen gegen Europa. Frankreich wackelt. Frankreich ist so hoch verschuldet, dass sie wackeln. Deutschland wackelt demnächst auch, weil sie so hoch verschuldet sind durch die Waffenproduktion. Es ist so einfach, diesen Krieg zu beenden, bevor er nur begonnen hat. Ein Wirtschaftskrieg kostet keinem Menschenleben. Man muss niemanden an die Front schicken, man muss niemanden töten, man muss keine Bomben werfen und so weiter und so fort. Vielleicht sollte er mal darüber nachdenken. Quelle: <https://t.me/diplomateninterviews>

mRNA-Technologie löst eine Kettenreaktion biologischer Zerstörung aus

Zwei wegweisende Studien enthüllen die „Kaskade des Schadens“ – vom molekularen Chaos bis zu klinischen Katastrophen

Article doi: 10.20944/preprints202507.2155.v1
Synthetic mRNA Vaccines and Transcriptomic Dysregulation: Evidence from New-Onset Adverse Events and Cancers Post-Vaccination

Natalia von Ranke¹, Wei Zhang¹, Philipp Anokin¹, Danyang Shao², Ahmad Bereimipour³, Minh Vu², Nicolas Hulscher⁴, Kevin J. McKernan⁵, Peter A. McCullough⁶, and John A. Catanzaro⁷

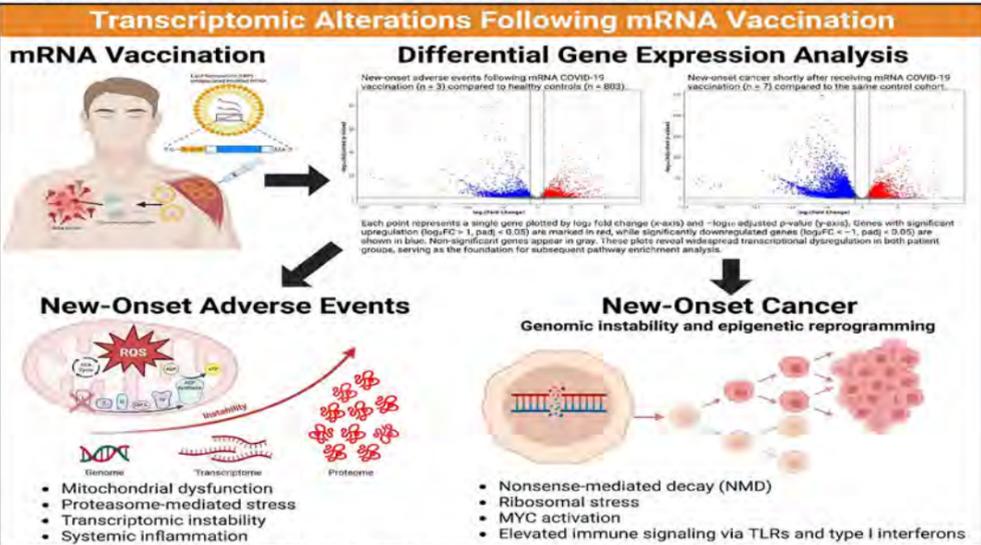


Figure 4. Transcriptomic Alterations Following mRNA Vaccination. This central illustration summarizes the experimental design, core findings, and proposed molecular mechanisms underlying transcriptomic dysregulation following synthetic mRNA COVID-19 vaccination.

Zwei neue bahnbrechende Studien decken eine umfassende Schadenskaskade auf, die durch die COVID-19-mRNA-Injektionen ausgelöst wird. Sie zeigen erstmals ein zusammenhängendes Bild: von der molekularen Instabilität über systemischen Stress bis hin zu katastrophalen klinischen Ergebnissen.

Die Analysen basieren auf folgenden Arbeiten:
„Synthetische mRNA-Impfstoffe und transkriptomische Dysregulation: Beweise für neu auftretende unerwünschte Ereignisse und Krebserkrankungen nach der Impfung“
„Klinische und proteomische Zusammenhänge zwischen einer SARS-CoV-2-Infektion und einer COVID-19-Impfung bei multimorbiden Patienten: Eine sektionsübergreifende Beobachtungsstudie“

Stufe 1 – Transkriptomische Dysregulation: Das molekulare Chaos
Die erste Phase beschreibt eine massive Störung der Genexpression nach mRNA-Injektionen:

- Tausende dysregulierte Gene nach der Impfung
- Ribosomale Dysfunktion, die einen Nonsense-vermittelten Zerfall auslöst
- Hinweise auf mitochondrialen Kollaps
- Gefährdung der zellulären Energieproduktion
- Fazit: Auf Ebene der Genexpression wird das Fundament biologischer Stabilität erschüttert.

Stufe 2 – Proteomische Anomalien: Fehlerhafte Proteinbildung
Die transkriptomischen Störungen wirken sich direkt auf die Proteinproduktion aus: Abnorme Proteinfaltung und -produktion
Veränderungen in Fibrinogen, Aktin und Amyloid-Proteinen

Bildung von fehlgefalteten Aggregaten, die mit Gerinnung und Gewebeschäden in Verbindung stehen

Diese Veränderungen fungieren als Keimzellen chronischer Pathologien.

Stufe 3 – Systemischer biochemischer Stress

Auf Blut- und Organebene zeigen sich messbare Notsignale:

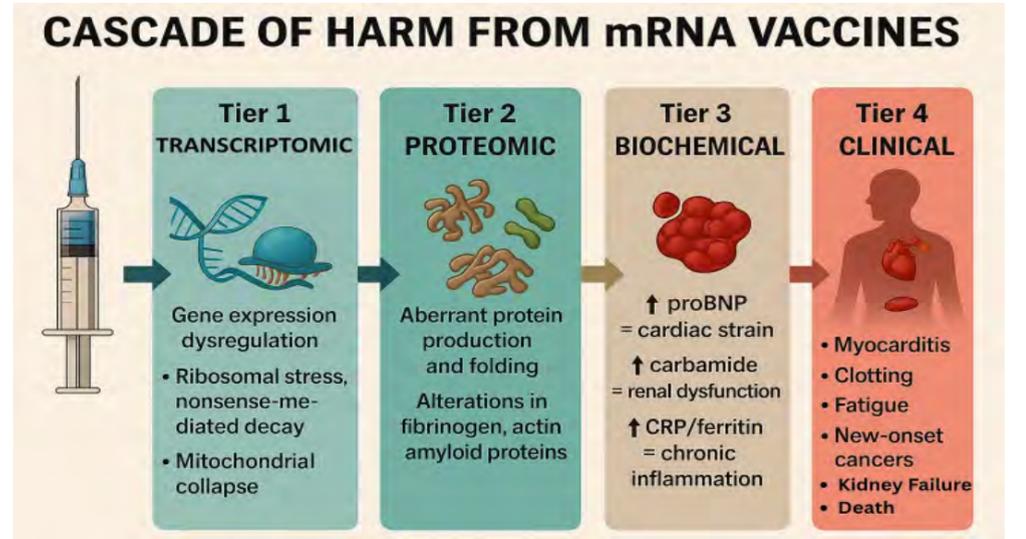
- proBNP
- Belastung des Herzens, Risiko von Herzinsuffizienz
- Harnstoff
- Hinweis auf Nierenfunktionsstörung
- CRP und Ferritin
- Marker für systemische Entzündung und Immunüberreaktion

Der Körper schlägt Alarm – biochemische SOS-Signale warnen vor massiven Organschäden.

Stufe 4 – Klinische Katastrophen

Die molekulare Instabilität manifestiert sich in schweren Krankheitsbildern:

- Myokarditis & Perikarditis
- Hyperkoagulabilität & Gerinnungsstörungen
- Immunsystem-Dysregulation & extreme Erschöpfung



Turbo-Krebs, Plötzlicher Tod, Weitere schwerwiegende Komplikationen
Was auf molekularer Ebene beginnt, endet in sichtbaren Erkrankungen und Lebensverlust. Ein kohärentes Bild des Schadens

Zum ersten Mal zeigen die beiden Studien ein mechanistisches Gesamtbild:

- Von der Dysregulierung des Transkriptoms
- über die Schädigung des Proteoms
- hin zu biochemischem Stress
- und schließlich katastrophalen klinischen Folgen.

Die Erkenntnisse stellen einen Paradigmenwechsel dar: Die biologischen Beweise sind unbestreitbar und erfordern dringendes Handeln, klare Anerkennung der Risiken und echte Verantwortlichkeit. / Autor: Nicolas Hulscher, MPH / McCullough-Stiftung

QUELLE: BREAKING: MRNA TECHNOLOGY TRIGGERS A CHAIN REACTION OF BIOLOGICAL DESTRUCTION entschlossen und symmetrisch antworten. Der Artikel wurde von UN-CUT-NEWS übernommen. <https://uncutnews.ch>

Staatssimulation = Eine kriminelle Vereinigung die wie eine Firma agiert, sich „Staat“ nennt und hoheitliche Rechte vortäuscht, um das Volk auszubeuten.

Suchbegriff

31.12.2024

Liste der mit dem Bund verbundenen Unternehmen

Auch Gebietskörperschaften wie der Bund sind nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs als Unternehmen i. S. d. § 15 Aktiengesetz (AktG) anzusehen. Für Unternehmensbeteiligungen des Bundes gelten daher grundsätzlich die aktienrechtlichen Vorschriften über verbundene Unternehmen.

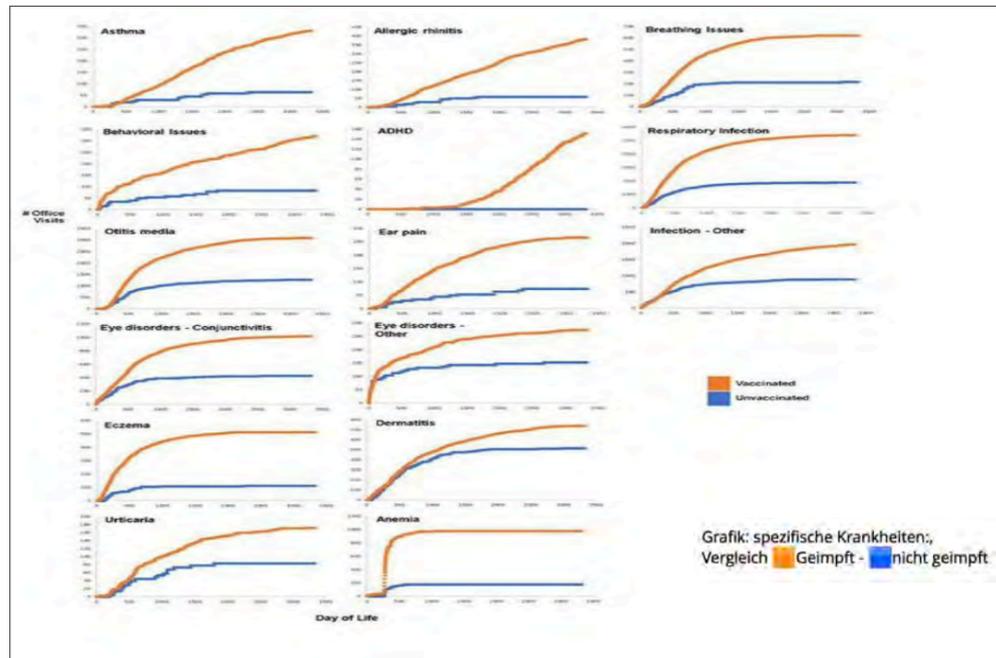
Mit dem Bund verbundene Unternehmen, gegenüber denen der Bund als herrschendes Unternehmen anzusehen ist, unterliegen damit bei Vorliegen der weiteren Voraussetzungen der Berichtspflicht nach § 312 AktG. Zur Erleichterung der Erfüllung einer etwaigen Berichtspflicht nach § 312 AktG ist hier eine alphabetische Zusammenstellung der mit dem Bund im Sinne der §§ 15 ff. AktG verbundenen Unternehmen und rechtlich unselbstständigen Einrichtungen eingestellt.

Es ist Ihre Aufgabe sich das Wissen des Kommerz (Handelsrecht) anzueigen, um verstehen zu können, wie Sie getäuscht werden. Kommt es Ihnen nicht fragwürdig vor, das die Gemeinden in die Zahlungsunfähigkeit getrieben und gleichzeitig Milliarden in die Ukraine oder Millionenbeträge in Radwege in Peru verschoben werden!? Warum wird Ihnen die Kontenbilanz zu Ihrer juristischen Person verweigert, die vom Landrat/Bürgermeister verwaltet wird. Gemäß dem Aktiengesetz/Wertpapierhandel besteht doch eine Auskunftspflicht? Sollen Sie etwa nicht sehen, welche Summen über Ihre juristische Person mit Ihrer Unterschrift der natürlichen Person tatsächlich gehandelt werden? Wenn die faktische Geschäftsleitung eine Anweisung an den Geschäftsführer ohne Auftrag (Sie) herausgibt, sind Sie verpflichtet dem nachzukommen oder erhalten ein Bußgeld (OWI) usw.. Andersrum ist es, das der entstan-

dene Schaden der durch die Ausführung der Anweisung des Bürgermeisters (faktische Geschäftsführung) z.B. Lockdown, Geschäftsschließung entsteht und das Unternehmen durch die Maßnahme in die Insolvenz abrutscht, die faktische Geschäftsleitung doch in der Nachschußpflicht steht? Es sind alles Firmen, da wurde nur ein Name wie einer Behörde verwendet. Autohaus Meyer kann ja auch Autohaus Lumpi genannt werden, genauso ist das mit dem „Landratsamt“, „Bundestag“, „Arbeitsamt“, „Polizei“, die alle wie Firmen eingestuft werden. Nutzen sie den Link <https://www.dnb.com/de-de/upik.html> und geben Sie ihre Gemeinde, die Schule, das Finanzamt, die Polizeistelle und Ihre Firma. Jetzt sind Sie soweit, das Sie wissen wollen wo diese Firmen steuerrechtlich eigentlich gemeldet sind? Willkommen im Aufwachprozess, Ihre Weltanschauung können Sie vergessen, es ist alles „legitimierter“ Lug und Betrug.

Das „Corona-Einhorn“

Es ist eine pervertierte Volksverarschung. Es ist ein hinterhältiger Massenmord zur ideologisch begründeten Bevölkerungsreduktion.



Studie des Kinderarztes Dr. Paul Thomas. Seine Lizenz wurde nach der Veröffentlichung dieser Studie entzogen. Dr. Paul Thomas studierte an der Dartmouth Medical School und der UC San Diego. Von der American Academy of Pediatrics wurde er in integrativer und ganzheitlicher Medizin und Suchtmedizin zertifiziert. Seine Praxis betreut mehr als 11.000 Patienten. Thomas wurde 2004 zum besten US-Hausarzt sowie 2006, 2009, 2012 und 2014 zum besten US-Kinderarzt gewählt. Er lebt in Portland, Oregon. Artikel: **„Wir werden dafür bezahlt, Ihre Kinder zu impfen“**: Kinderarzt enthüllt Details des Big Pharma Bezahlsystems. <https://childrenshealthdefense.org>



Das Bundes-Corona-Einhorn
Das Maskottchen linker Einzeller im Viren-Rausch
THC getränkter Masken

Es erreichen mich immer noch Schreiben von Eltern, die über Kreis/Landrat/Schulleiter mit einen Bescheid zur „Durchführung nach §20 Infektionsschutzgesetz (IfSG) terrorisiert werden.

Ich stelle dazu, diese Vorlage zur selbstverantwortlichen freien Nutzung ein.

An
Familienname, Vorname
in der Funktion Schulleiter
Schule xxxx
PLZ Or t

Familienname, Vorname
Familienname, Vorname
c/o Straße Hsr.
Straße Hsr.

Widerspruch gegen Zwangsgeldandrohung wegen Masernimpfnachweis
Betr.: Ihr Schreiben „Zwangsgeldandrohung“ vom

Sehr geehrter Schulleiter Familienname, Vorname,
hiermit wird durch die sorgeberechtigten Eltern für die gemeinsame Sohn/Tochter Meyer, Hanna, geb. xx.xx.xxxx formgerecht und fristgerecht der Widerspruch gegen die angedrohte bzw. bereits verhängte Zwangsgeldmaßnahme in Höhe von 0,00 € + 0,00 € wegen eines fehlenden Masernimpfnachweises eingelegt.

Begründung

1. Verstoß gegen § 44 VwVfG – Nichtigkeit des Verwaltungsakts
Der Verwaltungsakt ist gemäß § 44 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) nichtig, da er an einem besonders schwerwiegenden Fehler leidet und dies bei verständiger Würdigung aller Umstände offensichtlich ist.
 - 1.1 Mehrere Gerichte haben die Zwangsgeldandrohung zur Durchsetzung eines Impf- oder Nachweispflicht bei schulpflichtigen Kindern als unzulässig eingestuft:
 - 1.2 OVG Lüneburg, Juni 2022 – Zwangsgeld nicht rechtmäßig
 - 1.3 VG Neustadt, Mai 2023 (5 L 303/23.NW) – Keine Impfpflicht „durch die Hintertür“
 - 1.4 VGH München, Beschluss vom 21.09.2023 (20 CS 23.1432) – „Die Anwendung von Verwaltungszwang in Form von Zwangsgeld darf daher bei schulpflichtigen Kindern nicht zu einer faktischen Impfpflicht führen.“ Die laufende Rechtsprechung zeigt deutlich, dass Ihr Bescheid gegen geltendes Verwaltungsrecht verstößt.
 2. Kein Raum für Zwang bei schulpflichtigen Kindern
Die gemeinsame Tochter Meyer, Hanna ist schulpflichtig. Eine Nichtzulassung zum Unterricht oder ein Verwaltungszwang zur Impfung stellt eine unzulässige Beschränkung der Schulpflicht und des Rechts auf Bildung dar. Zudem ist es unzulässig, über Zwangsgelder eine Impfentscheidung faktisch zu erzwingen. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 21.07.2022 (Rn. 145) klargestellt, dass die Nachweispflicht gem. § 20 IfSG „keine mit Zwang durchsetzbare Impfpflicht anordnet“ und „den Eltern im Ergebnis ein relevanter Freiheitsraum verbleibt“.
 3. Verletzung unserer Grundrechte – Elternrecht und körperliche Unversehrtheit
Wir machen hiermit ausdrücklich unsere verfassungsrechtlich garantierten Grundrechte geltend:
 - 3.1 Artikel 6 GG – Elternrecht:
Die Entscheidung über medizinische Maßnahmen liegt bei den sorgeberechtigten Eltern. Der Staat darf uns dieses Recht nicht durch faktischen Impfwang entziehen.
 - 3.2 Artikel 2 Abs. 2 GG – Recht auf körperliche Unversehrtheit:
Eine Impfung ist ein medizinischer Eingriff. Ein solcher Eingriff gegen den Willen der Eltern (oder unter Druck) verstößt gegen Recht auf körperliche Unversehrtheit der gemeinsamen Tochter Meyer, Hanna.
 4. **Keine Kindeswohlgefährdung**
Es liegt keine Kindeswohlgefährdung vor. Das Familiengericht Güstrow stellte im Jahr 2024 klar, dass die Verweigerung einer Masernimpfung keine unmittelbare Gefahr für das Kind darstellt. Ein Entzug der Gesundheitsfürsorge kommt daher nicht in Frage.

Antrag

Die Zwangsgeldandrohung ist rechtswidrig und unverhältnismäßig. Sie widerspricht sowohl der laufenden Rechtsprechung als auch den Grundrechten unserer gemeinsamen Tochter Meyer, Hanna und als Familie. Es wird die sofortige Aufhebung und Aussetzung der Zwangsmaßnahmen gefordert. Die Antrag ist mit Fristsetzung (mach 10 Tage) schriftlich zu bestätigen. Die Antragsteller gehen von der Rechtsvermutung eines geltenden Grundgesetzes aus, sollten Ihre angewandten Rechtsgrundsätze dem nicht entsprechen, ist das den Antragstellern sofort schriftlich mitzuteilen, ansonsten gilt das Grundgesetz.

Ort, den xx. Juli 2025

Hochachtungsvoll

Meyer, Hannes

Meyer, Henriette



Innenministerium ließ impfkritischen Film verschwinden
Der Dokumentarfilm „Nur ein Piks“ von Filmemacher Mario Nieswandt erzählt die Leidensgeschichte der Geimpften. Auf der Verleihplattform für Kinos verschwand der Film allerdings schon nach kurzer Zeit. „Die Betreiber bekamen einen Anruf vom Innenministerium und mussten den Film runter nehmen. Mit der Begründung: Sonst gibt's Ärger“, schildert Nieswandt gegenüber ndv.news (<https://t.me/ndvnews/1008>). Er selbst bekam zudem Besuch vom Verfassungsschutz Brandenburg. Die DVD finden Sie im AUF1 Onlineshop..

Die beliebte VOLLDRAHT Mitmach-Aktion für den Überlebenden des Spritzen-Genozids

Lieber Onkel, Nichte, Bruder, Tochter oder Ehefrau usw. Ich möchte mich in aller Form und Höflichkeit bei euch entschuldigen, das Ich in meiner Naivität und dem Glauben an die Menschheit, euch zu den mir dringenden Fragen der Plausibilität und Rechtmäßigkeit der politischen Handlungen belästigt zu haben. Mein Bedauern gilt auch darüber, das Ich euch genötigt habe mich zu diffamieren, und aus der Familie auszugrenzen, nur damit ihr euch schützen könnt, um auch weiterhin am gesellschaftlichen Konsumtempel mitzumachen. Restaurantbesuche, Kino, Reisen kombiniert mit giftigen Tests, gesundheitsschädlichen Masken und das aufgeben eurer Privatsphäre sowie die grundsätzlichen freiheitlichen Rechte waren euer Begehrt, was ihr auch erhalten habt und ich hoffe Ihr genießt es. Ihr sollt euch auch nicht daran stören, das die Impfungen dem Genozid an Mensch & Tier dienen, einer lustigen Agenda super reicher Arschlöcher, die im Wahn der Eugenetik die Reise nach Jerusalem weltweit spielen lassen. Eurer Stuhl ist jetzt weg. Dafür habt Ihr euch einen Platz in der ersten Reihe reserviert, mit einem tanzenden und singenden Pflegepersonal das geeint im Kampf gegen Räächts, lächelnd die nächste Spritze aufzieht. Die sind sogar so gut drauf, weil sie euch lieben, das sie euch ohne Kenntnis dessen mit der Impfpisse abspritzen, weil Ihr habt ja alles unterschrieben und dem freiwillig eingewilligt. Dummheit schützt nicht vor dem „plötzlich & unerwartet“. Ich helfe euch auch weiterhin, die restliche Zeit die euch bleibt, besonders liegt mir am Herzen, das der Bürgermeister sich nach eurem Ableben nicht die Immobilie greift und in sein Pandemie-Investment einverleibt, gelle. Damit sich jemand um eine würdevolle Bestattung eurer verseuchten Körperhüllen kümmern kann, solltet Ihr mich als ungeimpften Überlebenden des „Staatsterrorismus“ der von allen Parteien durchgesetzt worden ist, als Alleinerben einsetzen. Der Genozid an den Preußen hat natürlich nichts mit den zionistischen Juden zu tun, die mal eben die palästinensische Bevölkerung massakriert haben, damit die super superreichen Arschlöcher sich Villen mit Seeblick auf die okkupierten Bohrhinseln bauen können, das sind auch wieder nur alles Verschwörungstheorien. Impfen macht frei, glücklich und ruhig, sehr ruhig und andere eben sehr reich. Eins hatte ich vergessen, da Onkel Herbert, in seinem Stadium des Siechtums, Gerüchten zufolge könnte es ein Impfschaden sein, den GLS nicht mehr fahren kann, Ich würde den Morgen abholen kommen. Prima, danke, schön das wir uns mal ausgesprochen haben. Ich verbleibe mit herzlichen Grüßen, euer Preuße.
- Ihr glaubt gar nicht wie befreiend es ist, wenn die Streitigkeiten in der Familie beendet werden. So oder so.

Rekrutieren, verpflichten, aufrüsten: So macht Deutschland die Konzernbosse reicher

Wehrdienst, Militarisierung, Waffenexporte: Abermilliarden pumpt die Bundesregierung in die Kriegsertüchtigung, während sie Normalverdiener abzockt und den Sozialstaat zerschlägt. Das ist kein Konjunkturprogramm für alle, sondern eine Profitmaschine für den westlichen Imperialismus.

„Das Wehrdienstgesetz ist auf dem Weg. Wo Kriegspropaganda und millionenteure Dauerwerbung der Bundeswehr nicht reichen, folgt Zwang. Deutsche Rüstungskonzerne exportieren so viel wie nie. Wo Käufer nicht zahlen, springen die Steuerzahler ein. Auf ihren Rücken lasten längst Hunderte Milliarden Euro Sondervermögen fürs Militär, plus Zinsen. Begleitet von obszöner Propaganda, die Russland, China, Iran und Co. zur Superbedrohung aufbläst, sprudelt in Deutschland das große Geld – während die Regierung von Haushaltslöchern faselt, Arbeitslose zu Sündenböcken erklärt und den Ärmsten die Butter vom Brot kürzt.

Es ist Zeit zu fragen, woher die Milliarden kommen und wohin sie fließen. All die Pflegekräfte und Supermarktkassiererinnen, Handwerker und Fließbandarbeiter sehen davon nichts. Die Oma im Altenheim wird weiter mit billiger Pampe abgefüttert und vegetiert vor sich hin. Das Geld kommt weder in den Schulen noch bei der Jugendhilfe an. Es landet auch nicht bei der Polizei, die derzeit eifrig Leute wegen unliebsamer Parolen aus Friedens- und Palästina-Demos prügelt, um eine Staatsräson für Völkermord zu schützen und einen NATO-Stellvertreterkrieg bis zum letzten Ukrainer zu unterstützen.

Jährlich 350.000 Artilleriegeschosse – Rheinmetall eröffnet Werk in Niedersachsen

Die Wahrheit ist: Aufrüstung, Waffenexport und Wehr-



plicht (noch) light, zusammen mit Angstpropaganda und Kriegstrommelei, Armenbashing, Sozialkahltschlag und Märchen über explodierende Bürgergeldkosten, sind ein gigantisches Umverteilungsprogramm zugunsten des westlichen Großkapitals, auf dem Rücken der Massen in Deutschland und der Europäischen Union. Oder kürzer gesagt: Das alles ist ein Programm für den westlichen Imperialismus, der für seine globale Vorherrschaft über Elend und Leichen geht. Freilich müssen die politischen Akteure die Bevölkerung auf Linie bringen.

Denn während der Staat die lohnabhängige Mehrheit und

Kleinunternehmer ausnimmt wie Weihnachtsgänse, sollen deren Söhne und absehbar Töchter für genau diesen Ausbeuterstaat möglichst willig kämpfen. Sie sollen glauben, dass Militarisierung und Sozialabbau, ja das Mästen der Reichen, gut für ihre Zukunft seien. Weil dies Arbeitsplätze schaffe und Arbeitslosen endlich die Faulheit austreibe.

Diese neoliberale Dauererzählung ist genauso hohl wie die tagein, tagaus heruntergebetete Propaganda von einer russischen Bedrohung der NATO oder einer israelischen Demokratie, die gegen „Barbaren“ kämpfe. [...]

Söder: Ja zur Wehrpflicht, nein zu deutschen Soldaten in der Ukraine

Die Frage, wo all die Sondervermögen-Milliarden landen, ist leicht zu beantworten: nicht in Krankenhäusern und Seniorenheimen, nicht in Schulen und Kindergärten, nicht im Wohnungsbau und in Mietendeckeln – es fließt fast immer nach ganz oben auf die Konten von Großaktionären. Wenn der Staat seine Armee aufrüstet, kauft er das Zeug bei Konzernen. Die Waffen, die die Ukraine nicht bezahlen kann oder Israel nicht bezahlen muss, finanziert der Steuerzahler, so wie die Zinsen für daraus resultierende Schuldenberge bei den Banken. [...]

Quelle: Von Susan Bonath, RTnews

<https://rtnewsde.pro/meinung/254497-rekrutieren-verpflichten-aufruesten-so-macht/>

Die Alte Welt wird uns vorenthalten

- wir sind nicht die Spitze der Evolution, wird sind der verarschte Teil der Geschichte im Great Reset.



Das ursprüngliche und wahre Aussehen des Eiffelturms!

Dieses alte Gemälde zeigt das ursprüngliche Aussehen des Eiffelturms. Dieser riesige Turm hatte in Wahrheit den Zweck freie Energie zu sammeln, wie bei vielen anderen Gebäuden aus der Alten Welt auch. Zudem konnten Luftschiffe an der Spitze andocken und aufgeladen werden. Es wird offiziell behauptet, dass dieses Design nie so umgesetzt wurde, wie man es auf dem Gemälde sieht und dass der Eiffelturm nur ein temporäres Gebäude für die Weltausstellung war und erst später entdeckte man durch Zufall, dass man ihn als Funktum verwenden konnte. Was für eine riesengroße Märchengeschichte, die uns die

Geschichtsschreiber dieser Welt wieder einmal versuchen aufzutischen! Wie konnten Menschen so etwas gigantisches wie den Eiffelturm innerhalb von nur 2 Jahren (1887-1889) bauen, mit nichts weiter als Pferdekarren und primitiven Werkzeugen?

Richtig, überhaupt nicht!

Der Eiffelturm stammt in Wahrheit aus der Alten Welt. Er

war eine technologische Struktur, die Freie Energie erzeugen und nutzen konnte. Zudem fungierte er als Andock- und Ladestation für Luftschiffe. Der Eiffelturm überstand den letzten großen Reset vor über 200 Jahren und wurde schließlich im Rahmen von „Renovierungsarbeiten“ für die Weltausstellung seiner Technik beraubt und damit deaktiviert. Später missbrauchte man dieses Wunderwerk der Technik dann nur noch als „Funktum“.

Erfahre mehr über die Alte Welt! (<https://amzn.to/469TXA7>)

@HDK_Telegram



„ICH SUCHE EIN ANDERES WORT FÜR

RAUB

Ich so:

Abgeltungssteuer, Ökosteuern, Baulandsteuer, Rennwettsteuer, Beförderungssteuer, Salzsteuer, Borsenumsatzsteuer, Schankerlaubnissteuer, Energiesteuer, Schaumweinsteuer, Erbschaftsteuer, Schenkungsteuer, Ergänzungsabgabe, Solidaritätszuschlag, Essigsäuresteuer, Speiseeissteuer, Feuerschutzsteuer, Spielbankabgabe, Gesellschaftsteuer, Spielkartensteuer, Getränkesteuer, Stabilitätszuschlag, Gewerbesteuer, Stromsteuer, Grunderwerbsteuer, Süßstoffsteuer, Grundsteuer, Tabaksteuer, Hundesteuer, Tanzsteuer, Hypothekengewinnabgabe, Teesteuer, Investitionssteuer, Tonnagesteuer, Jagd- und Fischereisteuer, Umsatzsteuer, Kaffeesteuer, Vergnügungssteuer, Kinosteuer, Vermögensabgabe, Kirchensteuer, Vermögensteuer, Körperschaftsteuer, Verpackungssteuer, Konjunkturzuschlag, Versicherungssteuer, Leuchtmittelsteuer, Wechselsteuer, Lohnsteuer, Wertpapiersteuer, Kapitalertragsteuer, Zuckersteuer, KFZ-Steuer, Zündwarensteuer, Lustbarkeitssteuer, Zweitwohnungssteuer, Mineralölsteuer,...

Terror der BRD-Junta

Mecklenburg-Vorpommern/ d. Redaktion bekannt.

Spurenbeseitigung der Pädo-Psychos

- **Brand im Segelverein / Güstrow**

- Brand in der Psychoklapse / Rostock

- Brand am Bahnhofsgelände / Schwerin

Schlägertrupps der Faschos auf dem Raubzug

Güstrow – Gerichtsvollzieher will **Rentnerin** im Altersheim **pfänden**, weil sie ihre **Steuern nicht bezahlt!** Der Sohn stellt sich vor die Tür: „**Wer bist Du?**“ ... „**Du kommst hier nicht rein, seh zu das Du Land gewinnst!**“. Gerichtsvollzieher ist todternd abgezogen und will mit der Executive wieder kommen.

Kreis Seenplatte - **Die Exekutive räumt einen Selbstversorger ab**, alle landwirtschaftlichen Geräte, alles was nicht niet und nagelfest war, wurde geraubt. Der Hinweis, das die Steuern für den **Hund** auch nicht bezahlt wurden, ergab den Kommentar „**den darfst du behalten!**“...

Waren (Müritz) - **Die Perversen** haben den Unterricht in den Kitas übernommen. Erste **Ausfallerscheinungen bei 6 Jährigen, sie wollte die Tittis und die Kacke** der Freundin von der Mutter **anfassen!**? Diese verweigert das, **das Kind dreht durch!**

Wann setzt der gesunde Menschenverstand ein, um diesen Wahnsinn zu beenden?